Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

44. Sitzung
4. Oktober 2023

Beginn: 10.12 Uhr
Schluss: 17.04 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt begrüßt die Abgeordnete Lisa-Bettina Knack, die fortan anstelle des Abgeordneten Lars Bocian für die Fraktion der CDU dem Ausschuss angehöre.

Der **Ausschuss** stimmt der Einladung und der Mitteilung zur Einladung sowie der Konsensliste ohne Aussprache zu.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet namens seiner Fraktion darum, dass, sofern keine unabwendbare Behandlungsnotwendigkeit vorliege, der Punkt 1 der Tagesordnung auf die Sitzung mit der Lesung des Einzelplans 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – in der kommenden Woche vertagt werde, da hier ein Sachzusammenhang bestehe.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 1 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – IV A 18 – vom 14.09.2023 1163
Aufhebung der Sperre und Entnahme aus der Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen im öffentlichen und privaten Bereich zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei den landeseigenen Wohnungsgesellschaften Haupt

Vertagt – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben Senat von Berlin – WiEnBe IV B 24 – vom 26.09.2023 1166
Internationales Congress Centrum Berlin (ICC)
hier: Beauftragung der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) mit der Durchführung eines Konzeptverfahrens
hier: **Bitte um Zustimmung** Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, es könne nicht bestritten werden, dass für das ICC eine tragfähige Lösung gefunden werden müsse, sowohl konzeptionell als auch aus haushälterischer Sicht. Die derzeit anfallenden Unterhaltungskosten könnten sinnvoller eingesetzt werden, etwa für Zwecke des Gemeinwohls, der Daseinsvorsorge. Der „Tanker“ ICC habe bereits verschieden zusammengesetzten Koalitionen Schwierigkeiten bereitet.

Seine Fraktion sehe den in dem Schreiben rote Nr. 1166 skizzierten Weg als grundsätzlich gangbar an. Gewiss sei es allen Fraktionen ein wichtiges Anliegen, dass in Bezug auf das Konzeptverfahren samt den Zwischenschritten und dem, was sich daraus ergebe, für eine engmaschige parlamentarische Begleitung und Einbindung gesorgt werde. In diesem Zusammenhang bitte er um einen Folgebericht zu der Frage, wie sich aus Sicht der Verwaltung eine solche engmaschige Einbindung des Parlaments bewerkstelligen ließe. Seine Fraktion spreche sich zudem für eine gewisse Offenheit für andere Ideen aus, die von verschiedener Seite an die Abgeordneten herangetragen werden könnten: aus dem privaten oder öffentlichen Sektor, möglicherweise in Form von Joint Ventures oder Mischvarianten. Die Offenheit sollte auch für Zwischennutzungen gelten. In Berlin seien seit 1990 durchaus positive Erfahrungen mit fruchtbaren Zwischennutzungen gemacht worden, die die Attraktivität der Stadt erhöht, deren Image geprägt hätten und die für die Stadtrendite sinnvoll gewesen seien. Werde Derartiges aktuell mitgedacht?

Christian Goiny (CDU) begrüßt, dass sich SenWiEnBe an das ICC heranwage; das sei auch dringend notwendig. Die kürzlich abgehaltene Veranstaltung „48 h ICC“ habe gezeigt, wie groß das Interesse an dem Thema sei und wie gut, zumindest optisch gesehen, das Gebäude in Schuss sei. Vor diesem Hintergrund erscheine es sinnvoll, das Ganze anzugehen. Seine Fraktion sei daran interessiert, dass es zügig vorangehe, und befürworte den vorgeschlagenen Weg der Zusammenarbeit mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH – BIM –. Das Konzeptverfahren müsse nicht bedeuten, dass eine Lösung für das gesamte Gebäude gefunden werde. Vielmehr erschienen abtrennbare oder separat nutzbare Teilbereiche für verschiedene Anbieter oder Nutzer vorstellbar. Er verweise in dieser Hinsicht auch auf das Parkhaus, das bei vielen in Berlin für interessante Ideen sorge.

Zwischennutzungen fänden bereits statt und hätten die ganze Zeit über stattgefunden, Stichworte: Flüchtlingsunterbringung, Orchesterproben. Teilbereiche könnten demnach schon genutzt werden. Er bitte SenWiEnBe, Zwischennutzungen – auch kurzfristig – zu intensivieren und zu prüfen, wo noch etwas gehe. Damit könnten im Rahmen des Konzeptverfahrens unterschiedliche Nutzungsoptionen an- oder ausgetestet werden. Dies generierte nicht zuletzt Mieteinnahmen, sodass die Unterhaltskosten sänken. Er bitte diesbezüglich um einen Zwischenstand zu der Frage, wie SenWiEnBe damit umzugehen gedenke, zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe –. Es dürfte Konsens bestehen, dass es ordentlich, gründlich, sinnvoll und schnell vorangehen solle.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stimmt mit ihren beiden Vorrednern darin überein, dass der vorgeschlagene Weg grundsätzlich gut und sinnvoll sei. Verbindend wirke das Interesse, dass dort etwas passiere. Da sie den Überblick verloren habe, erkundige sie sich, welche Gutachten – etwa zu den Themen Brandschutz, Schadstoffe – und sonstigen Kosten verursachenden Aufträge es in den letzten fünf bis sechs Jahren gegeben habe. Seien etwaige Gutachten noch verwendungsfähig? Wie viel Geld hätten diese gekostet?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) verleiht seiner Freude darüber Ausdruck, dass nach einem langen Vorlauf der Punkt erreicht sei, an dem mit dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BIM der Übergang zur Operationalisierung erfolgen könne. Im Übrigen freue er sich über die positive Resonanz des Ausschusses. Selbstverständlich strebe seine Verwaltung eine engmaschige parlamentarische Begleitung in den kommenden Monaten an. In einem ersten Schritt erfolgten nun die Erstellung des Schadstoffkatasters und die Machbarkeitsstudie für die beiden Grundstücke, die Teil des Konzeptverfahrens seien; hierfür habe sein Haus mit SenStadt eine Vereinbarung erzielt. Wenn beides vorliege, werde es den Abgeordneten zur Verfügung gestellt.

Insgesamt sei das Verfahren davon gekennzeichnet, dass es sehr offen sei. Lediglich einige Vorgaben habe SenWiEnBe darüber gemacht, welche Nutzungen des ICC ausgeschlossen seien. Hierzu sehe er einen Konsens des Ausschusses. Wie Herr Goiny bereits angesprochen habe, seien auch Teilnutzungen oder öffentliche Mitnutzungen vorstellbar. Insofern sei dort gleichsam alles möglich. Allerdings könne in der Phase von zwei Jahren, in der sich Investoren oder öffentliche Träger Gedanken über das ICC machten, nicht sehr viel berichtet werden, zumal dann noch nichts Verbindliches vorliege. Die letztliche Entscheidung liege beim Abgeordnetenhaus.

SenWiEnBe mache Zwischennutzungen, wo immer es gehe, möglich. Gleichzeitig weise er darauf hin, dass aktuell Schwierigkeiten bestünden, einen Veranstaltungsbetrieb zu ermöglichen. Jedes Mal müsse eine Einzelgenehmigung erteilt werden. Letztlich hänge es immer auch an der Messe Berlin GmbH und deren Finanzierung. Jede Zwischennutzung müsse demnach kostenneutral für die Messe sein; ansonsten ginge es von deren Budget ab. Außerdem sei dabei stets eine Vielzahl rechtlicher und versicherungstechnischer Fragen zu klären.

Die Abgeordnete Dr. Brinker erinnere er an das Interessenbekundungsverfahren zum ICC in der vergangenen Legislaturperiode, das der Marktsondierung gedient habe. Als Ergebnis habe festgehalten werden können, dass das ICC markttauglich sei und durchaus ein Interesse von Investorinnen und Investoren bestehe, sich damit zu befassen. Diese Erkenntnisse seien in Hinblick auf die Aufstellung des Konzeptverfahrens wichtig gewesen. Zudem lägen Gutachten, darunter auch Brandschutzgutachten, vor, auch dem Abgeordnetenhaus. Allerdings könnten jene Gutachten größtenteils nicht mehr genutzt, sondern müssten neu beauftragt werden, da ihre Aussagen nur zeitlich begrenzt gültig seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass die Berichtswünsche für die zweite Lesung des betreffenden Einzelplans vorgemerkt seien.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass laut Vorlage eine Verpflichtungsermächtigung – VE – in Höhe von 1,38 Mio. Euro bestehe, die im Wege der Deckungsfähigkeit erbracht werden müsse, genauso wie andere Kosten. In welchen Kapiteln des Einzelplans 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe – sollten die erforderlichen Mittel für die VE voraussichtlich erbracht werden?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) antwortet, hierfür sei Titel 54010 – Dienstleistungen – vorgesehen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1166 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (1. Lesung)

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt
d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt

f1)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023 **Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023** **Bericht zum 30.09.2023** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt
h)	Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 **Vorläufiger Jahresabschluss 2022** **hier: Rücklagen und Sondervermögen** (Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)	0832 C Haupt
i)	Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG	0932 A-1 Haupt
j)	Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 B Haupt

k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – 1150
Drucksache 19/1187 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027
(überwiesen zur Besprechung gemäß
§ 32 Abs. 6 GO Abghs)

l) Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 0495 C
Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023 Haupt
gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

Vorsitzender Stephan Schmidt erinnert eingangs an das vereinbarte Verfahren bezüglich der Haushaltsberatungen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet zur zweiten Lesung um einen übergreifenden Bericht zu den Einnahmen, insbesondere zu den Kennzahlen 11, 12, 23 und 28. Ihn interessiere eine gruppierte Darstellung und Begründung der Einnahmeerwartungen. Bereits in der Generaldebatte sei besprochen worden, dass es zu schauen gelte, wo und wie Einnahmen generiert werden könnten. Das betreffe nicht zuletzt inkriminiertes Vermögen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bekundet, er sehe zustimmendes Nicken der Senatorin. Der Berichtswunsch sei so aufgenommen.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, sie wolle eine Frage zum Themenkomplex Bezüge stellen. Wie der Zeitung zu nehmen sei, solle die für Sport zuständige Staatssekretärin bei SenInnSport in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Sofern dies zutreffe, interessiere sie der zeitliche Fahrplan, zumal die Mittel – nach Berechnungen ihrer Fraktion ungefähr 230 000 Euro – im Einzelplan 05 – Inneres und Sport – etatisiert werden müssten. Oder seien diese Mittel bereits veranschlagt? Ferner wolle sie wissen, seit wann die Sportstaatssekretärin nicht mehr mit ihren Aufgaben betraut sei und wer deren Aufgaben übernehme. Seien in diesem Kontext weitere Personen eingestellt oder Personalmittel eingesetzt worden, die im Einzelplan 05 – Inneres und Sport – etatisiert werden müssten?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) legt dar, auch seine Fraktion interessiere, welche kassenwirksamen Ausgaben wie lange voraussichtlich in Verbindung mit der beabsichtigten Versetzung der Staatssekretärin für Sport in den Ruhestand entstünden. Nach seinem Kenntnisstand dürfte angesichts der Dauer der bisherigen Amtszeit kein Anspruch auf Ruhegehalt bestehen. Allerdings falle wohl Übergangsgeld an. Das müsse etatisiert werden; Gleiches gelte für die neue Staatssekretärin bzw. den neuen Staatssekretär.

Unbenommen der Tatsache, dass eine Personaleinzelangelegenheit in Rede stehe, handele es sich um eine herausgehobene Personaleinzelangelegenheit. Immerhin gehe es um die Stellvertreterin der Senatorin für den Geschäftsbereich Sport. Inwiefern träfen Medienberichte zu, nach denen die Senatorin der Staatssekretärin Hausverbot erteilt und das Führen der Amtsgeschäfte untersagt habe? – Zum einen gehe es um die Frage der Bezüge, zum anderen sei das die erste Ausschusssitzung nach dem Bekanntwerden der Vorgänge. Habe die Senatorin darüber hinaus erwogen, die Staatssekretärin die Amtsgeschäfte zunächst, und zwar bis zur Ver-

setzung in den Ruhestand weiterführen zu lassen, etwa unter Anwendung eines Vieraugenprinzips?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) stellt klar, dass sie sich zu Personalangelegenheiten in keiner Weise äußern werde, auch zum Schutz der betreffenden Staatssekretärin. Sofern es eine Korrektur in einem Titel geben sollte, werde das selbstverständlich zur zweiten Lesung vorgelegt. Ansonsten bitte sie um Verständnis; man befinde sich in Haushaltsberatungen. Sie und ihr Haus hätten in keiner Weise eine Stellungnahme zu dem Vorgang abgegeben und täten dies auch künftig nicht. Das diene dem Schutz der Persönlichkeitsrechte der Staatssekretärin. – Herr Schlüsselburg sei bereits in einer Richtung unterwegs gewesen, in der er in dem Titel etwas gesehen habe.

Silke Gebel (GRÜNE) äußert Verständnis dafür, dass die Senatorin nichts zu Personaleinzelangelegenheiten sage. Allerdings habe das Abgeordnetenhaus als Haushaltsgesetzgeber das Recht, bestimmte Rahmenbedingungen zu erfahren. – Die Bemerkung der Senatorin in Hinblick auf Herrn Schlüsselburg und das, was er im Haushaltsplan entdeckt habe, wie es organisationspolitisch zu bewerkstelligen wäre, dass die Staatssekretärin ihre Arbeit nicht mache, habe sie nicht verstanden. Träfe dies zu, wäre es bereits zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplans einschlägig gewesen. In einem solchen Fall wäre das keine Personaleinzelangelegenheit, sondern der Ausschuss hätte ein Recht, Näheres darüber zu erfahren.

Sie interessierten die rechtlichen und finanzpolitischen Folgen des Ganzen. Möglicherweise könne SenFin dazu Stellung nehmen. Im Landesbeamtengesetz, das Regelungen zum einstweiligen Ruhestand enthalte, sei vorgesehen, dass in einem solchen Fall eine Planstelle vergleichbarer Kategorie gestrichen werden müsse. Möglicherweise könne SenFin den Abgeordneten der Opposition einen rechtlichen Rat geben, was geschehe, wenn der einstweilige Ruhestand eintrete; diese Kenntnis erleichterte die Vorbereitung auf die zweite Lesung.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) wendet ein, dass die Frage ihrer Vorrednerin auf eine Personaleinzelangelegenheit abziele und sie daher keine Stellung nehmen wolle. Hierzu bestehe Einigkeit im Senat. An Spekulationen werde sie sich nicht beteiligen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) hebt mit Nachdruck hervor, dass sie mitnichten in irgendeiner Form gesagt habe, dass das bereits im Haushaltsplan abgebildet sei; das habe sie auch nicht gemeint. Komme es im Zuge der Haushaltsberatungen zu Veränderungen, sähen es die Abgeordneten dann auch im Haushaltsplan abgebildet.

Silke Gebel (GRÜNE) betont, sie habe keine Spekulation betrieben, sondern eine einfache rechtliche Frage zur Anwendung des § 46 Landesbeamtengesetz an SenFin gestellt. Sie kündige an, die Frage noch einmal schriftlich zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt erinnert daran, dass Fragen bis Freitag, 12 Uhr einzureichen seien.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bekundet, die Antwort auf die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde seine Fraktion mit Interesse lesen. Er habe das Landesbeamtenrecht für die Wahlbeamtenfunktion an herausgehobener Stelle bislang so verstanden, dass hier eine Situation vorliege, in der die Senatorin eine Einschätzungsprärogative hinsichtlich der Ver-

wendung der auf ihren Vorschlag hin ernannten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre besitze. – Unabhängig davon wolle er sich vergewissern, ob die Vertretungsregeln auf Staatssekretärsebene bei SenInnSport griffen; kopflos sei die Verwaltung schon wegen der Senatorin nicht. Immerhin bestehe im Laufe der Sitzung noch einiges an Gesprächsbedarf in Bezug auf das Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bestätigt, dass ihre Verwaltung nicht kopflos sei. Neben ihr sitze der erfahrene Staatssekretär Christian Hochgrebe, der die Amtsgeschäfte des Geschäftsbereichs Sport mit übernehmen werde, soweit sie diese nicht selbst ausführe.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenInnSport – I A 14 – vom 26.09.2023 — 0506 K
Wiederholungswahlen
hier: personelle, strukturelle, organisatorische und rechtliche Änderungen zur Verbesserung der Organisation und Durchführung
(Berichtsauftrag aus der 28. Sitzung vom 23.11.2022) — Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) nimmt Bezug auf die Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters im Kontext der Beratung des Einzelplans 03 – Regierende Bürgermeisterin / Regierender Bürgermeister –, wonach die Verstärkungsstellen der Bezirkswahlämter in jenem Einzelplan etatisiert würden; das begrüße seine Fraktion. Er bitte SenInnSport, aufgrund von deren Zuständigkeit für die Wahlorganisation in dem Folgebericht den Ausschuss zu informieren, wenn die Stellen besetzt seien, damit Gewissheit bestehe, nicht in Verzug zu geraten.

In dem Bericht werde geschildert, dass SenInnSport beabsichtige, Gesetzentwürfe mit Blick auf das Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung in das Abgeordnetenhaus einzubringen. Gleichzeitig solle eine vom Ältestenrat eingesetzte Arbeitsgruppe – gleichsam ein Untergremium –, die sich mit den rechtlichen Konsequenzen aus dem Wahlchaos und dem Bericht der Expertenkommission Wahlen in Berlin auseinandersetze, in interfraktionellen Gesprächen ausloten, welche rechtlichen Änderungen angezeigt seien. Inzwischen habe sich dieses Gremium, dem er selbst angehöre, nach der Wiederholungswahl neu konstituiert. Seine Bitte gehe dahin, dass das auf Änderungsbedarfe gerichtete Agieren jenes Gremiums auf der einen und das von SenInnSport auf der anderen Seite harmonisiert würden. Wahlrecht als sekundäres Verfassungsrecht müsse stets besonders sensibel, intensiv und transparent bearbeitet werden, gerade auch mit Blick auf die Wählerinnen und Wähler.

Vasili Franco (GRÜNE) bemerkt eingangs, dass er sich freue, an den Beratungen des Ausschusses teilnehmen zu können. – Im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung sei klargestellt worden, dass die drei Stellen für die nächsten beiden Jahre über die Senatskanzlei finanziert würden. Plane der Senat, im Anschluss daran die Stellen den Bezirken fest zu geben? Es gelte zu verhindern, dass die Bezirke ab 2026 die Stellen aus eigenen Fachbereichen herausnähmen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) weist zunächst darauf hin, dass der Landeswahlleiter Prof. Bröchler anwesend sei, falls es weitere Rückfragen gebe. – Sie erinnere sich noch gut an die Haushaltsberatungen im Hauptausschuss für den Doppelhaushalt 2022/2023. Damals sei intensiv besprochen worden, was das für die Bezirke und das Land Berlin hinsichtlich der Wiederholungswahl bedeute. Die Expertenkommission habe in dieser Hinsicht eindeutige Ratschläge gegeben, über die sich das Abgeordnetenhaus, der Senat und die Bezirke zu verständigen gehabt hätten. Dazu gehörten die genannten Stellen. Der Senat habe sich klar positioniert. Sie sei dem Regierenden Bürgermeister dankbar, dass er einen Titel seines Einzelplans zur Verfügung gestellt habe. Sie selbst habe in ihrem Einzelplan bereits das Landeswahlamt abgesichert. Im Senat habe sie darauf hingewirkt, dass auch die Bezirkswahlämter mit Stellen unterlegt würden. Im kommenden Haushaltsaufstellungsverfahren werde für die festen Stellen in den Bezirken gesorgt. Das müsse getan werden und gehöre dorthin. Im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung sei mehrfach darüber gesprochen worden, was das für die Bezirke bedeute, zumal in jedem Jahr Wahlen, Volksentscheide und andere Abstimmungen anstünden. Die Bezirke müssten in die Lage versetzt werden, dass es anders laufe als bei der Wiederholungswahl, als sie Beschäftigte aus anderen Stellen hätten abziehen müssen. Vor diesem Hintergrund sei es dem Senat wichtig, dass die Bezirke die festen Stellen langfristig erhielten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtswunsch des Abgeordneten Schlüsselberg zur zweiten Lesung des Einzelplans vermerkt sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0506 K zur Kenntnis.

b)	Bericht SenInnDS – ZS D 2 Pi – vom 01.03.2023 **Möglichkeiten zur Verkürzung von Verfahrensabläufen** **hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU** (Berichtsauftrag aus der 29. Sitzung vom 07.12.2022)	0622 A Haupt

Christian Goiny (CDU) ruft in Erinnerung, dass seine Fraktion bereits einen Folgebericht zwecks Identifikation weiterer Potenziale und Möglichkeiten beantragt habe. – Ferner wolle er auf Themen verweisen, die auch SenInnSport beträfen und im Koalitionsvertrag bzw. in den Richtlinien der Regierungspolitik erwähnt seien. Unter Federführung von SenKultGZ und unter Mitwirkung von SenInnSport solle es etwa eine Gesprächsrunde zu Genehmigungsfragen bezüglich Festivals, Kulturveranstaltungen, Clubkultur und Ähnlichem geben. Er bitte SenInnSport und die Senatorin persönlich, das mit zu unterstützen, auch mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn es im Einzelfall zu Fragen oder Gesprächswünschen, etwa bei die Polizeibehörde betreffenden Genehmigungsfragen, komme.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, das sei entsprechend adressiert.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0622 A zur Kenntnis.

c) Bericht SenInnSport – ZS A 3 – vom 27.06.2023 — 0924 B
Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme — Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0924 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

d) Zwischenbericht SenInnSport – III E 22 – vom 23.06.2023 — 0902 A
Entwicklung des gesamten Fuhrparks unter Berücksichtigung ökologischer Wirksamkeit
gemäß Auflage B. 25 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 31.10.2023 — Haupt

Vasili Franco (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung schon darüber debattiert habe. Bei Feuerwehr und Polizei, auf die ein Großteil des Fuhrparks des Landes entfalle, seien erst 1 bis 2 Prozent der Fahrzeuge elektrisch. Gerne werde das nachgereicht, wenn es hier nicht beantwortet werden könne. Ihn interessiere, ob es Zielzahlen gebe. Wie viel Prozent des Fuhrparks sollten umgestellt werden? Die Lebensdauer der Fahrzeuge betrage in der Regel zwischen fünf und acht Jahren. Bisher komme es ihm so vor, als ob eher vereinzelte Anschaffungen vorgenommen würden. Es bedürfe jedoch einer Strategie, um den Fuhrpark weitgehend umzurüsten und den Vorgaben des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 – BEK – zu entsprechen. Er hoffe, dass das geplante Sondervermögen errichtet werde, damit die Mittel auch zur Verfügung stünden.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass SenInnSport um Fristverlängerung bis zum 31. Oktober 2023 bitte.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, dass es ihm genau darum gehe. Seine Fraktion sehe es äußerst kritisch, dass sich SenInnSport erneut mit einer solchen Bitte an den Ausschuss wende. Eigentlich müsse der Bericht jährlich zum 31. März vorgelegt werden. Das sei schon einige Zeit her. Vor den Haushaltsberatungen habe sich der Ausschuss darauf verständigt, dass der Bericht zur ersten Lesung des jeweiligen Einzelplans spätestens vorliegen solle. Aus welchem Grund bitte SenInnSport nun erneut um eine Verlängerung der Frist? – Er hoffe, es bestehe Einigkeit, dass derart signifikante Fristverlängerungen bei größeren Finanzbedarfspaketen nur im absoluten Ausnahmefall gewährt werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt informiert darüber, dass die zweite Lesung des Einzelplans 05 – Inneres und Sport – am 17. November 2023 stattfinde.

Christian Goiny (CDU) bringt vor, es gehe im Kern nicht darum, ob der Bericht rechtzeitig vorliege oder nicht, wenn es möglicherweise triftige Gründe dafür gebe, sich in der Sache

noch einmal damit zu beschäftigen. Außerdem halte es seine Fraktion mit Blick auf den ursprünglichen Berichtsauftrag für kritikwürdig, dass einige wesentliche Aspekte gar nicht adressiert worden seien. So gelte es sicherzustellen, dass insbesondere die Fahrzeuge der Feuerwehr und Polizei im Krisenfall einsatzfähig blieben, was der Ukrainekrieg vor Augen geführt habe. Des Weiteren stelle sich die Frage – Stichwort: Resilienz –, wie die Einsatzfähigkeit beispielsweise im Falle eines längerfristigen Stromausfalls gewährleistet werden könne. Er bitte SenInnSport, auf diesen Aspekt im Rahmen der Fristverlängerung einzugehen. Eine Umrüstung auf Elektrofahrzeuge in größerem Umfang erfordere, dass diese jederzeit einsatzbereit seien. Das sei konzeptionell bislang nicht dargelegt worden. Gleichwohl sei seine Fraktion offen, neue Antriebsformen zu prüfen und im Einsatz zu testen, was Polizei und Feuerwehr auch gemacht hätten. Diese neuen Technologien sollten weiter gefördert werden, möglicherweise auch mithilfe des Sondervermögens.

Franziska Becker (SPD) unterstreicht, dass dem Ausschuss die Sammelvorlagen aus dem jeweiligen Fachausschuss noch nicht zur Verfügung stünden. Es sei festgehalten worden, dass Themen bereits im Fachausschuss besprochen oder angekündigt worden seien. Sie empfinde es als unglücklich, wenn möglicherweise Themen doppelt beraten würden. Insofern bitte sie darum, dass sich der Ausschuss aus Zeit- und Effizienzgründen nicht allzu lange damit befasse, sondern zunächst abwarte, was die Sammelvorlagen brächten.

Vorsitzender Stephan Schmidt dankt für den Hinweis.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) berichtet in diesem Zusammenhang davon, dass die für die erste Lesung des Einzelplans 05 – Inneres und Sport – erstellte Synopse im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung unter der lfd. Nr. 9 Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Elektrifizierung des Fuhrparks enthalte. Diese Fragen seien in der daraufhin erstellten Sammelvorlage, die den Abgeordneten bereits vorliege, beantwortet worden. Dort sei im Einzelnen ausgeführt, dass der Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr grundsätzlich nach und nach elektrifiziert werden solle. Bei allen Ausschreibungen würden die alternativen Antriebsarten berücksichtigt. Allerdings würden die Fahrzeuge – die Abgeordneten wüssten um die Weltlage – derzeit um bis zu 80 Prozent teurer. Hinzu kämen etwa Kosten für die Bereitstellung von Ladesäulen.

Im Übrigen mache sie darauf aufmerksam, dass aus einem ursprünglich sechs Seiten umfassenden, weil nur Polizei und Feuerwehr betreffenden Bericht infolge der gewünschten Angaben zu allen Verwaltungen, Behörden und Bezirken mittlerweile rund 240 Seiten geworden seien. Dies begründe die nochmalige Bitte um Fristverlängerung. Noch vor der zweiten Lesung werde der Bericht vorgelegt.

Vorsitzender Stephan Schmidt dankt für die Erläuterung.

André Schulze (GRÜNE) merkt an, dass sich der Ausschuss dazu entschlossen habe, die heutige Sitzung mit der ersten Lesung des Einzelplans 05 – Inneres und Sport – so stattfinden zu lassen, obwohl die Sammelvorlage des Fachausschusses dann wahrscheinlich noch nicht vorliegen würde. Wenn der Hinweis gegeben werde, dass die Sammelvorlage abgewartet werden solle, müsste die ganze Sitzung vertagt werden; dies wolle er jedoch nicht. Seine Fraktion habe sich für eine Verzahnung entschieden. Der anwesende Fachpolitiker wisse, was in der Sammelvorlage geschrieben stehe, und stelle nur darauf aufbauende haushälterische

Fragen. – Grundsätzlich könnten Vorlagen aus dem Fachausschuss, die für den Ausschuss interessant seien, im Rahmen der Beantwortung der Fragen zugeliefert werden. Gegebenenfalls hätten die Ausschussmitglieder aber über die Diskussion im Fachausschuss hinausgehende Fragen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht rote Nr. 0902 A zur Kenntnis genommen sei.

e) Bericht SenInnSport – I Proz – vom 25.08.2023 — 0755 A
Zentralisierung der Staatsangehörigkeitsangelegenheiten — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 36. Sitzung vom 17.05.2023)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich danach, wie viele der im Bericht genannten 27 weiteren Stellen für das Landesamt für Einwanderung – LEA – entfristet und wie viele davon Beschäftigungspositionen – BePos – seien. Wann liefen die BePos aus? Warum werde ausweislich der Vorlage nicht ausschließlich mit festen Stellen gearbeitet, obwohl es sich um einer dauerhafte Aufgabe handele?

Des Weiteren bitte er um eine ausführlichere Darstellung der Gründe, aus denen heraus auf einen Archivdienstleister zurückgegriffen werden solle; im Bericht werde die Notwendigkeit der externen Ausschreibung mit fehlenden Raumkapazitäten bei SenInnSport begründet. Das Funktionieren in diesem Kontext stelle eine wesentliche Voraussetzung für die hoffentlich gesteigerte Effizienz nach der Zentralisierung dar. Einige Bezirke gäben aber zu verstehen, dass sie die vollständige Aufbereitung aller übergehenden Akten bis Jahresende nicht garantieren könnten. Wie groß sei dieses Problem nach Kenntnis von SenInnSport? Je mehr Bezirke davon betroffen seien, desto schwieriger werde sich die nahtlose Weiterbearbeitung im LEA gestalten.

Vasili Franco (GRÜNE) macht auf einen kürzlich im „Tagesspiegel“ erschienenen Artikel aufmerksam. Dem sei zu entnehmen, dass von den Stellen, die von den Bezirken hinübergezogen würden, erst – nach seiner Erinnerung – 26 Zusagen vorlägen. Er bitte um eine Präzisierung – Stand jetzt –, wie viele Personen – geplant seien insgesamt 174 Stellen – zum 1. Januar 2024 in der Abteilung S anfingen.

Im LEA würden 50 BePos weitergeführt, 50 neue geschaffen. Sei das Personal für die neuen Beschäftigungspositionen bereits vorhanden, oder müsse es erst rekrutiert werden? – Zur Gesamtsituation am LEA schreibe SenInnSport in der Sammelvorlage, dass sie eine „als dramatisch zu bezeichnende Sachlage“ darstelle. Auf diese Weise gebe SenInnSport zu verstehen, dass das LEA derzeit nicht handlungsfähig sei. Strebe der Senat mit Blick auf die zweite Lesung an, mehr Stellen zu schaffen? Die aktuelle Lage habe nicht nur Auswirkungen auf die Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine, sondern auch auf die Fachkräftezuwanderung, auf die Berlin dringend angewiesen sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) legt dar, dass das neue Gebäude für die zentrale Einbürgerungsstelle, dessen Anmietung der Ausschuss dankenswerterweise bewilligt habe, so weit hergerichtet sei, was die technischen Anlagen und Weiteres angehe. Die zentrale Einbürgerungsstelle beim LEA werde am 1. Januar 2024 ihre Arbeit aufnehmen. Zur Bearbeitung

der Vorgänge seien den Bezirken, wie sie im Rat der Bürgermeister – RdB – und im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung mehrfach ausgeführt habe, zusätzlich 27 Stellen zuerkannt worden. Diesbezüglich verweise sie auf die anwachsenden Vorgänge seit 2011; mittlerweile seien es bis zu 30 000. Selbstverständlich werde das alles am 1. Januar 2024 zum LEA überwechseln.

Das, was die Stellen – BePos – sowie die Bewerbungen und Wechsel aus den Bezirken zum LEA betreffe, werde ihr Haus in Übereinstimmung mit SenFin schriftlich zur zweiten Lesung aufbereiten. Sie bitte darum, die Situation im LEA, das eine andere Aufgabe als Einbürgerungen habe, getrennt zu betrachten von derjenigen bei der zentralen Einbürgerungsstelle. Auch das könne sie gerne noch einmal schriftlich darlegen. – Die gestellte Frage zum Archiv möge der zuständige Abteilungsleiter beantworten.

Christian Oechstmann (SenInnSport) erläutert, dass in der Verantwortung von SenInnSport ein Landesarchiv für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten aufgebaut werde solle. Hintergrund sei, dass sein Haus ohnehin schon über alle Archivakten, die vor der Dezentralisierung in die Bezirke angefallen seien, verfüge. Es erscheine sinnvoll, die in den Bezirken abgeschlossenen Akten nicht ins LEA zu überführen, sondern sie bei SenInnSport zu sammeln und zusammenzuführen. Hierbei gehe es um rund 200 000 bis 250 000 bezirkliche Akten. Die räumlichen Möglichkeiten von SenInnSport seien nicht ausreichend. Daher sei der Entschluss gefällt worden, das an einen Dienstleister zu vergeben; das Vergabeverfahren laufe. Dabei könne auf positive Erfahrungen des Bezirksamts Mitte mit einem externen Dienstleister hinsichtlich der Aufbewahrung von Archivakten zurückgegriffen werden. Die Verantwortlichkeit für Auskünfte aus Archivakten sei bei SenInnSport angesiedelt. Die Akten spielten dann eine Rolle, wenn es Nachfragen zu entsprechenden Staatsangehörigkeitsverfahren gebe. Deshalb müssten die Akten aufbewahrt werden. Zugleich solle das LEA von jener Aufgabe frei gehalten werden, da es sich auf Einbürgerungen konzentrieren solle.

Zu der aufgeworfenen Frage zu den Stellen aus den Bezirken wolle er ergänzen, dass nach dem letzten Stand 29 Versetzungsgesuche von Beschäftigten der Bezirke vorlägen. Hinzu kämen 16 Bewerbungen aus den Bezirken auf Beförderungsstellen. Im Ganzen gesehen wolle etwa die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirke ins LEA wechseln. SenInnSport freue sich darüber, dass sie Expertise mitbrächten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die schriftliche Beantwortung einiger Fragen vermerkt sei. – Der Bericht rote Nr. 0755 A sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung. – Aus einer roten Nummer wisse er, dass es hier auch um die Kostenerstattung für die Vorbereitung und Durchführung des Zensus gehe. Die Nachbereitungskosten für den Zensus in Höhe von 3,7 Mio. Euro würden aber, wenn er es richtig verstanden habe, nicht vom Bund ersetzt, sondern sollten zwischen Berlin und Brandenburg aufgeteilt werden. Stehe die Aufteilung mittlerweile fest? Wo werde die entsprechende Summe ggf. etatisiert?

Vorsitzender Stephan Schmidt konstatiert, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kündigt an, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Vasili Franco (GRÜNE) kommt zu sprechen auf das angekündigte Landesamt für Katastrophenschutz, für das der ehemalige stellvertretende Landesbranddirektor zu SenInnSport abgeordnet worden sei. Seines Wissens handele es sich um eine B-2- oder B-3-Stelle. Verhalte es sich wirklich so, dass die betreffende Projektgruppe mit einer so hoch eingestuften Leitung versehen sei? Wie viele Referentinnen und Referenten seien – Stand jetzt – dort beschäftigt? Inwiefern halte die Senatorin das für verhältnismäßig, zumal in den nächsten beiden Jahren keine Mittel für ein Landesamt oder ähnliche Strukturen vorgesehen seien?

Laut „Tagesspiegel Checkpoint“ solle ein Grundsatzreferent mit SPD-Parteibuch eingestellt werden. Dagegen spreche an sich nichts. Allerdings enthalte die Auflistung der neu zu schaffenden Stellen in der Sammelvorlage an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung die Information, dass eine A-14-Stelle für einen Grundsatzreferenten erst für das Jahr 2024 vorgesehen sei. Das werfe die Frage auf, ob bei SenInnSport Stellen vergeben würden, die haushaltsmäßig noch nicht beschlossen seien. Oder wie sei die Meldung des „Checkpoint“ zu verstehen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) betont, sie werde sich nicht zu Personalangelegenheiten äußern. Das allein die Sache des Hauses.

Zur ersten Frage: Das sei nichts Unübliches. Herr Göwecke sei ein erfahrener Beamter und bundesweit mit der Erfahrenste im Bereich des Katastrophenschutzes. Sie habe ihn darum gebeten, die Leitung der Projektgruppe zu übernehmen. Im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung sei das bereits eingehend erörtert worden. In Berlin müsse, hier gehe sie von Einigkeit im Parlament aus, ein Katastrophenschutzzentrum aufgebaut werden. Etwas Vergleichbares gebe es bislang nicht, zumal der Katastrophenschutz derzeit dezentral organisiert sei. Ein Bezirk sei in dieser Hinsicht besonders fortschrittlich organisiert, andere eher nicht. Die Planungen für das Katastrophenschutzzentrum sähen insgesamt 180 Stellen vor. Im vorgelegten Doppelhaushalt seien die ersten 24 Stellen für die Einrichtung eines Aufbaustabes – die erste Stufe – abgesichert. In einem zweiten Schritt werde die Errichtung eines Kompetenzzentrums folgen.

Titel 28107 – Ersatz von Personalausgaben –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich angesichts des Wegfallvermerks im Haushaltsplan, warum der Titel wegfalle. Welche Kosten seien bisher erstattet worden?

Des Weiteren nehme er den Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – zum Anlass, einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung, der titelübergreifend sei, zu erbitten. Darin möge SenInnSport die Differenz zwischen Stellen-Soll und Stellen-Ist per 30. September 2023 in Vollzeitäquivalenten – VZÄs –, aufgeschlüsselt nach Besoldungs- und Entgeltgruppen für die einzelnen Organisationsbereiche, darlegen. In diesem Zusammenhang bitte er auch um Auskunft darüber, wie lange die unbesetzten Stellen bereits unbesetzt seien.

Nicht immer handele es sich um laufende Besetzungsverfahren, sondern auch um längere Zeit unbesetzte Stellen, etwa im IT-Bereich.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch so fest. Auch die Frage zu dem Wegfallvermerk werde schriftlich beantwortet.

Vasili Franco (GRÜNE) kommt noch einmal zurück auf das Katastrophenschutzzentrum. Aus seiner Sicht sei es haushälterisch problematisch, wenn bereits während der Konzeptionierung hoch dotierte Posten geschaffen würden. Während die Senatorin von 24 Stellen spreche, lese er, dass in den nächsten zwei Jahren 6 Stellen geschaffen würden. Er bitte um eine Auskunft, ggf. auf schriftlichem Wege, wie viele Stellen mit welcher Eingruppierung die Projektgruppe umfasse.

Hinsichtlich der aufgeworfenen Frage zu dem Grundsatzreferenten gehe es nicht darum, wer eingestellt werde, sondern darum, ob die entsprechende Stelle bereits bestehe oder ob es sich um die erst im nächsten Jahr zu schaffende Stelle handele.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass sich der Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft mit derartigen Personalfragen intensiv befasse.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) macht geltend, es sei nichts Unübliches in der Berliner Verwaltung, wenn eine Person, die für einen bestimmten Inhalt gebraucht werde, abgeordnet werde. Das sei hier der Fall. – Alle übrigen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt gibt an, das sei so vermerkt.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. – Ferner ersuche er um einen schriftlichen Bericht über alle bereits jetzt bekannten Ausgabepunkte. Dass an dieser Stelle ein Aufwuchs geplant sei, erscheine gut und richtig, denn die Liegenschaften von SenInnSport müssten ertüchtigt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dazu ein schriftlicher Bericht gewünscht sei.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Dr. Hugh Bronson (AfD) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Titelerläuterung, die nahelege, dass der Senat damit rechne, 20 anhängige Verfahren zur Berliner Beamtenbesoldung zu verlieren, und entsprechend die Gerichtskosten einplane. Seine Fraktion stelle sich die Frage, warum der Senat die Berliner Beamtenversorgung nicht bereits angepasst habe, wenn er davon ausgehe, dass diese rechtswidrig sei. Für den Fall, dass eine höhere Besoldung vorgesehen sei, bestehe dafür eine Rücklage?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, ob die Titelerläuterung so zu verstehen sei, dass nur diejenigen Beamten rückwirkend entschädigt würden, die geklagt hätten. Oder würden auch diejenigen in den Blick genommen, die nicht geklagt hätten?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bezeichnet es als üblich, dass in Titeln wie dem in Rede stehenden immer eine Vorsorge betrieben werde. – Zu Fragen der Besoldung verweise sie auf die zuständige Senatsverwaltung für Finanzen, beziehungsweise könne das in Zusammenarbeit mit SenFin schriftlich beantwortet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die entsprechenden Fragen schriftlich beantwortet würden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um eine schriftliche Darstellung zu der Frage, welche Kosten über den in Rede stehenden Titel im Zusammenhang mit Vereinsverbotsverfahren seit 2022 anfallen seien und was noch offen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt konstatiert, dass der Berichtswunsch vermerkt sei.

Titel 52610 – Gutachten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert zunächst die Bitte, der Titel möge zur zweiten Lesung zurückgestellt werden. – Wie begründeten sich die geplanten höheren Ausgaben für die Gutachten zum Einsatz von Bodycams, zur Telekommunikationsüberwachung – TKÜ – und zur Standortermittlung von Telekommunikationsendgeräten? Wie sei es um den Stand der Gutachten bestellt? Des Weiteren interessiere ihn die Dienstleistung zur Evaluation des Versammlungsfreiheitsgesetzes. Wie gestalte sich der Zeitplan? Wer solle beauftragt werden? Welches Verfahren und welche Kriterien seien geplant?

Dr. Hugh Bronson (AfD) schließt sich den Fragen seines Vorredners zum Versammlungsfreiheitsgesetz an. Außerdem bitte er namens seiner Fraktion um eine nähere Erläuterung der Zielrichtung und des Erkenntnisinteresses des zu beauftragenden Gutachtens zum Verfassungsschutz.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bemerkt, dass die Antworten allesamt in der Sammelvorlage, die dem Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung übermittelt worden sei, zu finden seien. Im genannten Ausschuss sei etwa über die wissenschaftliche Begleitung und die Kriterien hinsichtlich der Bodycams ausführlich diskutiert worden.

Vasili Franco (GRÜNE) weist darauf hin, dass im Fachausschuss die Frage, ob die Untersuchung auch die Wahrnehmung der Betroffenen von Einsätzen der Bodycam mit einbeziehe, offengeblieben sei. Seines Wissens nach sei jener Aspekt in dem Auftrag, den der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung beschlossen habe, noch enthalten gewesen. Er hoffe, das sei weiterhin der Fall.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) betont, dass die Wissenschaftler noch bei der Arbeit seien. Insofern könne die Frage mitgenommen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, das werde schriftlich zur zweiten Lesung beantwortet.

Titel 53113 – Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Dr. Hugh Bronson (AfD) möchte wissen, welche Planungen es für welche Werbung gebe und wie sich diese von der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit unterscheide.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bringt vor, dass die eingestellten 55 000 Euro nicht zu viel Geld seien, wenn man bedenke, welche Summen in anderen Kontexten für Werbung ausgegeben würden. Der in Rede stehende Titel sei ein Vorsorgetitel, zumal sie nicht wisse, was in der einen oder anderen Situation an Öffentlichkeitsarbeit, etwa im Social-Media-Bereich, nötig werde. Allerdings könnten aus dem Titel bei den heutigen Agenturpreisen keine großen Kampagnen finanziert werden. – Es werde versucht, die gestellten Fragen schriftlich zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt fragt, ob der Abgeordnete die schriftliche Beantwortung befürworte.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bejaht dies. – Der Titel sei völlig neu.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, das sei so vermerkt.

Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit –

Vasili Franco (GRÜNE) verweist darauf, dass dieser Titel gemeinsam mit dem Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – zu betrachten sei. Beide Titel würden von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt bewirtschaftet. Mit welchen Auswirkungen sei angesichts der Tatsache zu rechnen, dass die Zuschüsse für die Bezirke von 3,1 Mio. Euro im Jahr 2024 auf 1,8 Mio. Euro im Jahr 2025 zurückgingen, obgleich im Ergebnis des Jugendgewaltgipfels die bezirklichen Strukturen, insbesondere die Jugendarbeit und Prävention betreffend, gestärkt werden sollten? Würden dann 2025 Angebote gestrichen?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass der Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit – zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Mit Blick auf den Titel 54010 – Dienstleistungen – bitte er ebenfalls um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Hier stelle sich die Frage, ob die im neuen Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel in Höhe von insgesamt 110 000 Euro für die „Voruntersuchung zur Umsetzung des Berliner Transparenzgesetzes“ notwendig seien, zumal bereits 2021 eine Einigung zum Transparenzgesetz im parlamentarischen Bereich erzielt worden und das Verfahren samt Rechtsfolgenabschätzung und Ähnliches gleichsam schon bearbeitet sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die beiden vom Abgeordneten Schlüsselburg genannten Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erinnert bezogen auf die Frage des Abgeordneten Franco daran, dass im Rahmen des Jugendgewaltgipfels mehr als 100 Mio. Euro für den neu-

en Doppelhaushalt und damit auch für die Bezirke zur Verfügung stünden. Insofern finde keine Kürzung statt. Die insgesamt mehr als 100 Mio. Euro müssten in den einzelnen Gebieten noch hinzugerechnet werden. Das treffe auch auf die Landeskommission Berlin gegen Gewalt zu, die nun mehr Geld zur Verfügung haben werde, als zuvor veranschlagt worden sei.

Zum Transparenzgesetz sei zu sagen, dass die Voruntersuchung dem Senat bzw. SenInnSport zur Aufgabe gegeben worden sei. Daher hätten die Mittel in den Titel eingestellt werden müssen. Insofern sei sie erstaunt über die Frage.

André Schulze (GRÜNE) gibt an, dass der Haushälter in ihm sofort geweckt sei, wenn zum Haushaltsplan noch dreistellige Millionenbeträge auf magische Weise hinzukämen. Er bitte um eine Auflistung, welche Titel noch Aufstockungen aus dem Jugendgewaltgipfel erhielten, und um eine Erläuterung, wie sich die Gegenfinanzierung gestalte.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, das werde SenFin übernehmen, da es sich um übergreifende Titel handele.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) weist darauf hin, dass der Senat aufgrund einer Bitte in der Sitzung am vergangenen Freitag bereits zugesagt habe, eine entsprechende Übersicht über die Maßnahmen des Jugendgewaltgipfels aufzuliefern. Der Zeitpunkt des Berichts müsste aus dem betreffenden Protokoll hervorgehen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erläutert noch einmal den Hintergrund seiner Frage zum Transparenzgesetz. Die damals amtierende Koalition sei 2021, noch vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus, bereits sehr weit gewesen, was die Vorbereitungen für ein Transparenzgesetz – etwa Gesetzesfolgeabschätzung, Formulierungshilfen aus den Verwaltungen – angehe. Die Antwort der Senatorin – ansonsten wären die Mittel auch nicht etatisiert worden – verstehe er so, dass jene Vorbereitungen nicht mehr als ausreichend betrachtet würden.

Vasili Franco (GRÜNE) bemerkt, dass er die Zahlen kenne, wenngleich er am vergangenen Freitag nicht anwesend gewesen sei. Mit Blick auf den Jugendgewaltgipfel sei bislang immer die Rede von mehr als 90 Mio. Euro gewesen. Nun spreche die Senatorin von mehr als 100 Mio. Euro. Wenn das zutreffe, wolle seine Fraktion wissen, woher die zusätzlichen Mittel stammten. Unabhängig davon halte seine Fraktion am Wunsch nach einem schriftlichen Bericht fest. Den Aufwuchs im Bereich Urbane Sicherheit, Präventionsräte, kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention auf 3,1 Mio. Euro im Jahr 2024 begrüße seine Fraktion. Im Jahr 2025 betrage der Ansatz jedoch 1,3 Mio. weniger. Der Bericht solle darüber Auskunft geben, welche Projekte infolgedessen wegfielen.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass der Berichtswunsch so vermerkt sei.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Voruntersuchung zum Transparenzgesetz so konzipiert sei, dass am Ende der zwei Jahre das Transparenzportal an den Start gehen könne und alle E-Akten angeschlossen seien, oder ob es dann noch zusätzlicher Umsetzungsschritte bedürfe. Eine Anhörung im Fachausschuss, auch zum Beispiel Hamburg, habe hier nicht endgültig für Klarheit sorgen können.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) legt dar, dass der Großteil zum Jugendgewaltgipfel der Sammelvorlage zu entnehmen sei. Mehr als 100 Mio. Euro seien es geworden, da noch im laufenden Jahr den Bezirken Millionenbeträge – sie meine, 18,4 Mio. Euro – zur Verfügung gestellt würden. Der restliche Teil der Gesamtsumme folge in den Jahren 2024 und 2025. – Alles andere werde in der von SenFin ohnehin zu erstellenden Vorlage enthalten sein.

Die Voruntersuchung zum Transparenzgesetz – das sei richtig gesagt worden – betreffe die technische Umsetzung, um letztlich das Portal zu bestücken. Die jeweils 55 000 Euro kämen demnach der technischen Umsetzung in das Portal zugute.

Dr. Hugh Bronson (AfD) interessiert, welche Personen aus dem Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch extremistischer Gewalt, enthalten in Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit –, unterstützt würden und welche Tatbestände oder Straftaten extremistischer Gewalt dem zugrunde lägen. Mit Blick auf Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – wolle er wissen, welche Projekte durch die Landeskommission unterstützt würden. Hinsichtlich beider Fragestellungen bitte er um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Titel 54057 – Wahlen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert die Bitte, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. – Seien die Mittel nach jetzigem Stand auskömmlich, oder bestehe mit Blick auf die zweite Lesung Nachsteuerungsbedarf? Hierbei gehe es nicht nur um die schon feststehenden Wahlen, sondern auch um den noch unklaren Umfang der Wiederholung der Bundestagswahl im Land Berlin. Zusätzlich wolle er wissen, mit welchen entweder angekündigten oder bereits laufenden Volksinitiativen SenInnSport rechne, die ansatzrelevante Kosten nach sich ziehen könnten. – Bei dem Titel dürfe, so viel Einigkeit bestehe wohl, nichts misslingen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) unterstreicht, der Senat werde sicherstellen, dass die Wahlen und Volksentscheide in Berlin durchgeführt werden könnten. Die differenzierten Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 54615 – Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. – Damit verbinde er die Bitte, rechtzeitig zur zweiten Lesung einen Kostenbericht und Zeitplan zum Zensus 2022 aufgeliefert zu bekommen. Möglicherweise könne mündlich bereits gesagt werden, wann die Daten zur Verfügung stünden. Er verweise in diesem Kontext auf die Wichtigkeit möglichst aktueller Daten als Grundlage politischer Entscheidungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt konstatiert, der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt und der Berichtsbitte werde auf schriftlichem Wege nachgekommen.

Titel 68432 – Zuschüsse für besondere soziale Projekte –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, warum die Zuschüsse für die Abschiebungsbeobachtung verdoppelt worden seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, das sei aus Gründen der Tarifvorsorge und der Stellenaufstockung geschehen.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert die Bitte, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. – Zudem erbitte er die Aufschlüsselung des Ist 2022, gern in Schriftform.

Darüber hinaus bitte er um Zurückstellung des Titels 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – zur zweiten Lesung. – In einem Bericht zur urbanen Sicherheit, möglicherweise liege ein solcher bereits im Fachausschuss vor, möge SenInnSport darlegen, was in welchen Bezirken in den Jahren 2022 und 2023 kassenwirksam finanziert worden sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) macht darauf aufmerksam, dass der Strich bei dem Ist von 2022 im Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – bedeute, dass es null betrage. – Die Beantwortung zu Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – erfolge schriftlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Zurückstellungswünsche des Abgeordneten Schlüsselburg ebenso fest wie die Tatsache der schriftlichen Beantwortung durch SenInnSport.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

Vasili Franco (GRÜNE) erkundigt sich, ob er es richtig sehe, dass die in den Jahren 2022 und 2023 eingestellten 35 Mio. Euro ausschließlich für die Sanierung des Objekts Cecilienstraße – 2. Bauabschnitt Einsatztrainingszentrum – verwendet worden seien.

Anhand der Berichte habe er nicht ersehen können, wie viel Geld für die Sanierung von Polizeiliegenschaften zur Verfügung stehe. Vielmehr werde mitgeteilt, dass eine maßnahmenscharfe Aufteilung für neue Sanierungen derzeit noch nicht möglich sei. Das sei ein unglücklicher Umstand, wenn der Haushaltsgesetzgeber über die Maßnahmen für die nächsten zwei Jahre entscheiden solle. Zudem werde auf das Sondervermögen verwiesen; das kenne man schon. Er bitte um Auskunft darüber, ob über das Sondervermögen nur die energetischen Zusatzmaßnahmen oder ganze Sanierungsvorhaben finanziert werden sollten. Aus seiner Sicht sei kein Geld für die Sanierung von Polizeiliegenschaften vorhanden; es werde geschaut, was mithilfe des Sondervermögens getan werden könne.

MG 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erbittet einen schriftlichen Bericht über alle aus diesem Titel im Jahr 2022 kassenwirksam finanzierten Ausgaben. Gegebenenfalls könne schon jetzt etwas zu den Gründen für die Veranschlagungshöhe ausgeführt werden: Stelle das einen geringen Aufschlag aufgrund von Kostensteigerungen dar, oder verberge sich dahinter eine andere Maßnahme?

Hinsichtlich des Titels 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT – wolle er wissen, was mit „Entwicklungsumgebung Intrexx“ gemeint sei. – Außerdem bitte er darum, dass beide genannten Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, das sei so vermerkt.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekundet, die Fragen, auch in Bezug auf SIWA, würden überwiegend schriftlich beantwortet. – Zum Sonderprogramm werde sie nichts weiter sagen können. Vielmehr gehe es immer um energetische Maßnahmen. Sie wisse nicht, ob SenFin ergänzen wolle.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt, sie schließe sich der Senatorin an. Betroffen sei ein Gesetzentwurf, der hier noch beraten werde. Dem wolle sie nicht vorgreifen.

Vasili Franco (GRÜNE) erwähnt, dass das dann schriftlich geliefert werde. – Ergänzen wolle er eine Berichtsbitte bezüglich des Projekts Kriminaltechnisches Institut – KTI –, das eher schneller als langsamer kommen sollte, aber erst ab 2028 in der Finanzplanung erscheine. Der Bericht möge den aktuellen Stand der Planung, des Grundstücks bzw. des nicht vorhandenen Grundstücks in der Zeitplanung und eine aktuelle Kostenschätzung umfassen. Das Projekt hätte ansonsten das Potenzial, in einigen Jahren außerordentliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) informiert darüber, dass hierzu bereits im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung berichtet worden sei. Diese Beantwortung könne sie gern auch dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein eigenständiger Bericht an den Hauptausschuss folgen werde.

Vasili Franco (GRÜNE) entgegnet, dass er den dem Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung vorgelegten Bericht kenne. Darin sei zu lesen, dass ab 2027 500 000 Euro zur Verfügung stünden, es aber noch kein Grundstück gebe. – Mit dem alten KTI könnte man bis 2027 weiterarbeiten, stünde nicht dessen Betriebsfähigkeit – Stichwort: Lüftungen – infrage. Vor diesem Hintergrund gelte es, einen Plan zu entwickeln, wie weiter verfahren werden solle. Dabei wisse er um die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Finanzierung größerer Bauvorhaben. Zur Frage, wann und wie das Projekt realisierbar sei, bitte er um einen ausführlichen Bericht; der Verweis darauf, dass ab 2027 etwas passieren solle, genüge nicht.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekräftigt, dass das Ganze in der Investitionsplanung enthalten sei. Diese sei bekanntlich so angelegt: Wenn dort 500 000 Euro für die Bauplanungsvorbereitungsmittel enthalten seien, werde entsprechend begonnen. Insofern könne nicht die Rede davon sein, dass sich der Senat damit nicht befasst habe.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bringt die Bitte vor, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. – Überdies bitte er um einen schriftlichen Bericht über alle aus diesem Titel im Jahr 2022 kassenwirksam finanzierten Ausgaben.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, das sei so vermerkt.

Titel 81244 – Projekt Digitalisierung Direkte Demokratie –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) will wissen, bis wann und aus welchen Gründen das Projekt zurückgestellt worden sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Kapitel 0509 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –

Mitberaten wird:

a)	Bericht Senat von Berlin – InnDS IV C 21 – vom 18.04.2023 **Sportstättensanierungsprogramm (SSP) – Bericht 2022** gemäß Auflage B. 26 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0877 B Haupt

Silke Gebel (GRÜNE) lenkt die Aufmerksamkeit auf den Umstand, dass in dem Kapitel zum Teil Maßnahmen wie das Sport-Centrum Siemensstadt – SC Siemensstadt – veranschlagt würden, die jedoch nicht in dem Sportstättensanierungsprogramm – SSP – aufgeführt seien. Sie bitte um Erläuterung, woher das rühre.

Welche der im SSP niedergelegten Maßnahmen gingen auf die Europameisterschaft 2024 zurück? Sie gehe davon aus, dass die Notwendigkeit investiver Maßnahmen in diesem Zuge nicht nur hinsichtlich großer Anlagen wie dem Olympiapark bestehe, sondern auch bei Sportstätten, die breiter in der Stadt verankert seien.

Wie werde der Bedarf an neuen Sportanlagen über das SSP, das, wenn sie es richtig interpretiere, bei einem Soll von 350 Mio. Euro massiv unterfinanziert sei, strukturell erfasst? Wolle SenInnSport das mithilfe des Masterplans machen, oder beinhalte das SSP eine Kategorie, mit deren Hilfe neue Bedarfe erfasst und ausgeworfen würden?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt eingangs, dass das Problem des Mittelabflusses ein altbekanntes sei. – Seiner Fraktion sei die folgende Passage in der Vorlage aufgefallen:

> Der Kontakt zu den Bauleiterinnen und Bauleitern wird seitens SenInnDS noch immer intensiv gepflegt. Eine Leseberechtigung der zuständigen Ansprechpartner/innen aus den Sportbereichen über ProFiskal auf die für das SSP entscheidenden bezirklichen Unterkonten ist in den Bezirken leider noch immer nicht ausreichend sichergestellt.

Vor diesem Hintergrund wolle er von SenFin wissen, welche Maßnahmen aktuell unternommen würden, um die Leseberechtigung sicherzustellen und damit den Mittelabfluss und die Effektivität positiv zu beeinflussen. Wann sei in dieser Hinsicht mit Ergebnissen zu rechnen?

Was die unterschiedlichen Datenzulieferungen durch die Bezirke betreffe, werde im Bericht darauf abgestellt, dass „erst eine zentrale Stammdatenerhebung“ hier für Abhilfe sorgen und eine zielgerichtete Vergleichbarkeit zwischen den Bezirken gewährleisten werde. – Sei eine solche Stammdatenerhebung geplant, und wenn ja, zu wann?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) zeigt sich erfreut darüber, dass das Sportstättensanierungsprogramm mit den 18 Mio. Euro weiter fortgeführt werden könne. Das SSP sei einst in der Prioritätensetzung der Bezirke eingerichtet worden. Dabei sei stets gesagt worden, dass die Bezirke auch untereinander Deckungsfähigkeit hätten. Das bedeute, dass, wenn ein Bezirk den ihm zustehenden Betrag nicht vollständig ausschöpfen könne, ein anderer Bezirk, der noch Vorhaben in der Schublade habe, die Mittel nutzen dürfe. Dadurch bestehe bei einigen Bezirken eine Schieflage. Dem Bericht sei zu entnehmen, dass ein Bezirk im letzten Jahr nur knapp 30 Prozent seiner Mittel ausgegeben habe, während ein anderer Bezirk mehr als 150 Prozent verausgabt habe, unter anderem deshalb, weil er das entsprechende Personal finde.

Die einzelnen Fragen werde ihre Verwaltung schriftlich beantworten. – Klarstellen wolle sie, dass der Senat nicht zuständig sei für die Prioritätensetzung der Bezirke; so sei das SSP auch nicht angelegt. In ihrer Zeit als Staatssekretärin bei SenFin, als das SSP noch mit 41 Mio. Euro angesetzt gewesen sei, habe man Wert darauf gelegt, dass die Konstruktion bewusst so gewählt worden sei, denn nur die Bezirke könnten in ihrem Rahmen die Prioritäten setzen. Eine zentrale Prioritätensetzung durch SenInnSport liefe dem zuwider. Auch die bereits angesprochene Übertragbarkeit der Mittel von Bezirk zu Bezirk, die angesichts von Umsetzungsschwierigkeiten – Stichwort: fehlendes Fachpersonal in den Bezirken – eingeführt worden sei, gehe auf jene Zeit zurück.

Das SC Siemensstadt sei ein Sonderprojekt, das vertraglich SenInnSport übertragen worden sei. Daher werde es mit aufgeführt.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, die Senatorin habe ausführlich Stellung genommen und zugesagt, zu den verbleibenden technischen Details schriftlich zu berichten. Dem schließe sie sich an.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Folgebericht, der einen Überblick über die jeweiligen Rückmeldungen der Bezirke biete. Ziel sei es, ein Gefühl dafür zu bekommen, welches Volumen der Sanierungsbedarf der einzelnen Sportstätten habe. In der Folge könne besser bewertet werden, ob einzelne Maßnahmen, die hochgezogen würden, die Prioritätenreihenfolge veränderten. – Die genauen Fragestellungen werde ihre Fraktion schriftlich einreichen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) gibt an, sie habe zuvor – aus dem Kopf – aus einem Bericht zitiert, den SenInnSport jährlich ohnehin an den Hauptausschuss liefere. Dort werde die Ausschöpfung der Mittel durch die einzelnen Bezirke genau aufgeführt. Insofern bestehe der von ihrer Vorrednerin formulierte Berichtsauftrag bereits. Sie wüsste nicht, was sie zusätzlich in einen neuen Bericht aufnehmen sollte. Die übrigen gestellten Fragen beantworte sie gern schriftlich. Die Verfahren bezüglich des SSP seien eindeutig. Sie verweise auf den Bericht für 2022 gemäß Auflage B.26 zum Haushalt 2022/2023, Drs. 19/0400.

Silke Gebel (GRÜNE) erwidert, genau auf die von der Senatorin erwähnte Vorlage beziehe sie sich. Darin sei zu lesen, dass die Bezirke alle Sportstätten auf deren Sanierungsbedarf überprüft hätten, und das sei gemeldet worden. Aus dem Gesamtsanierungsbedarf, der sich auf 350 Mio. Euro belaufe, würden die Maßnahmen gezogen. – Diesen Gesamtsanierungsbedarf begehre sie zu sehen. Wenn man eine Einzelmaßnahme wie das SC Siemensstadt hochziehe, bedeute das, dass eine andere Maßnahme, die in dem SSP schlummere, aber nicht in der Vorlage aufgeführt werde, weil darin nur die von den Bezirken angemeldeten Vorgaben enthalten seien, nach hinten rücke. Diese Informationen wolle sie als Haushaltspolitikerin mit in ihre Betrachtungen einbeziehen. Außerdem habe ein Bezirk zuweilen andere Prioritäten als der Landeshaushaltsgesetzgeber; dennoch wendeten sich Leute an Abgeordnete wie sie. Sie bitte nach wie vor um einen Folgebericht.

Debatten wie die, ob ALBA eine neue Halle benötige und dafür neue Flächen zu erschließen seien, führten zu der Frage, inwieweit neue Bedarfe an das SSP anknüpften. Mit jeder neuen Maßnahme schiebe man den bestehenden Sanierungsbedarf gleichsam nach hinten.

Vorsitzender Stephan Schmidt dankt für die Konkretisierung.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sichert zu, dass SenInnSport die gewünschten Angaben bei den Bezirken abfragen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt gibt an, das sei so vermerkt. – Der Bericht rote Nr. 0877 B sei damit zur Kenntnis genommen.

b) Vertraulicher Bericht SenInnSport – IV A 3 – vom 19.09.2023 — 1164 Haupt Vertrauliche Beratung
Wirtschaftsplan 2024
Berliner Bäder-Betriebe
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden müsse, sollten vertrauliche Inhalte angesprochen werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1164 ohne Aussprache zur Kenntnis.

c) Bericht SenInnSport – IV A 3 – vom 18.09.2023 — 0461 D Haupt
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Folgebericht Kosten-Nutzen-Abwägung zur Prüfung von weiteren Standorten für etwaige Zwischenlösungsmodelle
(Berichtsauftrag aus der 36. Sitzung vom 17.05.2023)

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion weitere Fragen zu den Berliner Bäder-Betrieben nachreichen werde. – Wo würden die Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe – BBB – etatisiert, um etwaige negative Jahresabschlüsse auszugleichen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kündigt an, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0461 D zur Kenntnis.

d) Bericht SenInnSport – IV A 1 – vom 22.06.2023 — 0858 B Haupt
Rechtliche Beratung bei der Übertragung der Rahmenvereinbarung zum DFB-Pokalfinale 2021 – 2025 vom Deutschen Fußball-Bund e. V. auf die DFB GmbH & Co KG
(Berichtsauftrag aus der 31. Sitzung vom 15.02.2023)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bekundet, das seine Fraktion an den exakten Kosten für die rechtliche Beratung interessiert sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält nach Rücksprache mit der Senatsverwaltung fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

e) Bericht SenInnSport – IV D 22 – vom 14.09.2023 **Rahmenvereinbarung zum DFB-Pokalfinale 2021 – 2025** **hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke** (Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023) (mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)	0858 E Haupt Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage im Datenraum

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, die Frage nach den Einnahmeanteil an den Ticketverkäufen im Rahmen der DFB Pokalfinals nachzuliefern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein Bericht zur Ansicht im Datenraum beauftragt worden sei.

Steffen Zillich (LINKE) ergänzt, sollte eine Beantwortung nicht möglich sein, bitte er um eine detaillierte Begründung.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0858 B und 0858 E zur Kenntnis.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) beantragt für seine Fraktion, das Kapitel 0510 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –

Silke Gebel (GRÜNE) bekundet, es sei zu unterstützen, dass Berlin häufig Austragungsort für Großveranstaltungen sei. Welche Gespräche habe die Senatsverwaltung mit dem Bund zur Finanzierung von sportlichen Großveranstaltungen – beispielsweise hinsichtlich des DFB-Pokalfinales und der EM 2024 – geführt?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, sie verweise diesbezüglich auf das Förderprogramm Bau von Sportanlagen für den Spitzensport. Die Beteiligung des Bundes sei auch im Berichtsantrag Nr. 34 zum Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport – in der Sammelvorlage detailliert dargestellt. Selbstverständlich sei es wünschenswert, das sei auch auf der letzten Sportministerkonferenz thematisiert worden, dass so viel wie möglich vom Bund finanziert werde. Die Mittel für die Veranstaltungen jedoch vom Bund an die jeweils verantwortlichen Verbände und nicht direkt an das Land Berlin. Zusammen mit dem Spitzensport und dem Bundesministerium sei vereinbart worden, dass Berlin 30 Prozent der Bauunterhaltungsmaßnahmen für den Spitzensport übernehme. Diese Fragen seien bereits im Sportausschuss erläutert worden, aber sie könne gern auch noch einmal dem Hauptausschuss einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 erwartet werde.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, warum Nutzungsentgelte für die Durchführung des ISTAF im Jahr 2022 aufgeführt würden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) dankt für den Hinweis. Sie kündige an, das zu überprüfen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass diese Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 53110 – Programminformation und Werbung –

Silke Gebel (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass das Programm „Berlin bewegt sich" bis 2023 in dem Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Gesundheit – in Titel 54010 – Dienstleistungen – etatisiert gewesen sei. Die Mittel seien massiv erhöht worden. Es werde breit diskutiert, dass dieses Programm eigentlich bei Sport veranschlagt werden müsste, da es sich im Wesentlichen um die Finanzierung von Sportanlagen in öffentlichen Grünanlagen handele. Sie frage vor dem Hintergrund, dass die Konkurrenz um kleine Summen im Einzelplan 9 größer als im Einzelplan 5 sei und SenInnSport das Programm auch schon teilweise finanziere, ob die Koalition und SenInnSport beabsichtigten, das Programm komplett in den Einzelplan 5 zu übernehmen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, das Programm könne natürlich nicht komplett übernommen werden. Es sei sich darauf verständigt worden, dass das Projekt „Sport im Park" zum einen mit 50 000 Euro und zum anderen mit 250 000 Euro im Einzelplan 05 etatisiert werde. Die restliche Finanzierung übernehme weiterhin SenWGP.

Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, welche olympischen und paralympischen Projekte gefördert werden sollten. Stünden diese im Zusammenhang mit einer möglichen Bewerbung Berlins für die Olympischen Sommerspiele?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kündigt an, die Frage schriftlich zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Titel 54113 – Vorbereitung und Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023 –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, was Berlin an Stadtrendite über den Zuschuss des SOD von 47 Mio. Euro hinaus durch die Special Olympics Weltspielen eingenommen habe. Diese Angabe sei auch für eine Bewertung der EM 2024 zentral und wichtig.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) teilt mit, dass die Zahlen derzeit ausgewertet würden.

Titel 54117 – Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußballeuropameisterschaft EURO 2024 –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) trägt vor, dass der „Tagesspiegel“ von erheblichen Kostensteigerungen bei der EM 2024 berichtet habe. Er bitte SenInnSport darum, die Kostensteigerungen für die EM 2024 aufzulisten und darzustellen, in welchen Bereichen und in welcher Höhe es eine Unterfinanzierung gegeben habe. – Welche Mängel seien durch die eingesetzte Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit der Vorbereitung der EM 2024 identifiziert worden?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekundet, dass die Fragen berechtigt und ihr auch schon am vergangenen Freitag im Sportausschuss gestellt worden seien. Die Vorlage befinde sich in der Bearbeitung. Sie werde in der nächsten Sitzung des Sportausschusses dazu berichten und die Vorlage dann dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen.

Silke Gebel (GRÜNE) unterstreicht, dass auch angesichts der getroffenen Personalentscheidung bei SenSportInn die Frage nach der Steuerungsfähigkeit erlaubt sein müsse. – Sei die Durchführung der EM 2024 konkret gefährdet? Sei die Finanzierung der sechs Spiele in Berlin und die Finanzierung der Fanmeile gesichert? Für beides seien bereits 63 Mio. Euro etatisiert. Was werde nach Ansicht von SenInnSport darüber hinaus an Mitteln noch benötigt, um die EM 2024 erfolgreich durchzuführen? Werde die UEFA über die zugesagten 700 000 Euro hinaus weitere Mittel bereitstellen? Habe die Senatsverwaltung mit dem Bund über finanzielle Unterstützung gesprochen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) versichert, dass die EM 2024 nicht gefährdet sei. Alles Weitere werde sie im Sportausschuss vortragen und dann mit dem Hauptausschuss auswerten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass der Bericht dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 17. November 2023 zur Verfügung stehen werde.

Torsten Schneider (SPD) fragt, ob der Senat beabsichtige, eine Nachschiebeliste einzureichen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, dass es dazu eine Senatsvorlage gebe, mit der sich der Senat beschäftigen werde.

Silke Gebel (GRÜNE) bekundet, das sei eine interessante Information. Wann werde die Senatsvorlage in den Senat eingebracht, und wann werde sie an das Parlament gehen? Kenne SenFin bereits die Senatsvorlage?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) stellt klar, dass die Senatorin das allgemeine Verfahren, sollte Nachsteuerungsbedarf bestehen, beschrieben habe. Ein Mehrbedarf sei zum Zeitpunkt des Senatsbeschluss am 11. Juli 2023 nicht absehbar gewesen.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion weitere Fragen bis Freitag, 6. Oktober 2023, 12.00 Uhr nachreichen werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, in welchem Zusammenhang die etatisierte Expertise zu Nutzungsoptionen bezüglich des Velodroms in Titel 54010 – Dienstleistungen – zu den Sanierungsbedarfen in Titel 67101 stehe.

Thomas Düring (SenInnSport) legt dar, der Titel 67101 beinhalte die laufenden Vertragskosten des Pacht- und Betreibervertrags einschließlich laufender Sanierungsmaßnahmen. Der Pachtvertag werde 2024 auslaufen. Für den neuen Pachtvertrag ab 2025 seien zusätzlich Unterstützungsdienstleistungsmittel etatisiert, um einerseits das Ausschreibungsverfahren und andererseits Untersuchungen zu Nutzungsoptionen des Velodroms und der Max-Schmeling-Halle zu finanzieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen damit beantwortet worden seien.

Titel 68245 – Ausgabenersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, wie die Differenz zwischen den Gesamtkosten für die Maßnahmen und dem Ansatz für das Jahr 2023 zustande komme.

Steffen Zillich (LINKE) stellt heraus, dass die VE 2024 und der Ansatz von 2025 von 1 Mio. Euro in den Gesamtkosten nicht enthalten seien. Rechne SenInnSport mit weiteren Ausgaben, die 2026 zusätzlich zu den Gesamtkosten noch hinzukämen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erläutert, die Ausgaben ab 2025 beträfen die Kosten für die Sanierung und Instandhaltung des Stadions, unabhängig von der Durchführung internationaler Sportgroßveranstaltungen. In dem Ansatz für 2024 seien die Kosten für die EM 2024 mitenthalten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, mit welchen Maßnahmen die Ansätze unterlegt seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, alle Ansätze seien unterlegt. Sie werde die Frage schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 erwartet werde.

Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, den konzeptionellen Plan zur Vermeidung des strukturellen Betriebsverlustes der Mehrzweckhallen schriftlich zu erläutern.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die Aufgaben zwischen Nutzerinnen und Nutzern und Betreiberinnen und Betreibern neu verteilt werden sollten. Gebe es Überlegungen, die Nutzung grundsätzlich anders zu strukturieren? Falls das nicht über den Dienstleistungstitel abgedeckt sei, müsse darüber im Hauptausschuss noch mal gesprochen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet darum, dass eine Liste der Zuwendungsempfangenden der Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt angefertigt werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, warum die Mittel für den TA 3 – Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport – gekürzt worden seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, dass sich der Bund an der Finanzierung beteilige. Der Anteil von 63 000 Euro entfalle auf Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel. Es werde derzeit evaluiert, welche zusätzlichen Stellen benötigt würden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Aufklärung, warum in dem Ansatz 2023 200 000 Euro etatisiert worden seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, diese Summe sei in der Vergangenheit etatisiert worden. Davon seien 8 000 Euro abgeflossen.

Titel 68419 – Förderung des Sports

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet darum, dass seiner Fraktion eine Auslistung der Förderempfangenden für die Ansätze Nr. 17, 19 und 28 vorgelegt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) äußert den Wunsch, dass eine Darstellung der Maßnahmen nach Bezirken vorgelegt werde. – Sei die Maßnahme im TA 31 – Überdachung einer bestehenden Skate-Rampe im Mellowpark – bereits abgeschlossen?

Franziska Becker (SPD) kündigt an, dass ihre Fraktion Fragen zum TA 21 – Zuschuss für Betriebskosten und Instandhaltungsmaßnahmen an den Großverein SC Siemensstadt für die landeseigene Freizeit-Sportanlage "Sport Centrum Siemensstadt" – und TA 22 – Zuschuss an den SC Siemensstadt für größere Sanierungsmaßnahmen am „Sport Centrum Siemensstadt“ nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen bis Freitag, 06. Oktober 2023, 12.00 Uhr, nachgereicht werden müssten und der Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 17. November 2023 erwartet werde.

Titel 68472 – Zuschüsse an Organisationen des Sports für die Bewerbung um Großveranstaltungen –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob es zu dem Titel eine Nachschiebeliste gebe. Solle mit den Mitteln die Olympiabewerbung finanziert werden?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, es handele sich um einen Pauschalansatz. Olympia sei damit nicht adressiert.

Titel 68486 – Zuschüsse zur Förderung von Projekten im Rahmen des Nachhaltigkeitsprogramms der UEFA EURO 2024

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass dazu ein Bericht einschließlich der Kosten angefertigt werde.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, welche Organisationen außerhalb von Sportorganisationen gefördert würden. Warum laufe die Förderung über die UEFA EURO 2024 hinaus, und was bedeute das konkret?

Christian Goiny (CDU) schließt sich dem Berichtsauftrag bezüglich eines Gesamtüberblicks der aktuellen Kosten für die Ausrichtung der UEFA EURO 2024 an.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass der Berichtsauftrag vermerkt sei.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, welche Kriterien die UEFA dem Land Berlin hinsichtlich Nachhaltigkeit vorgebe. Werde Berlin über diese Kriterien hinausgehen? Mache Berlin nur „UEFA“ oder „UEFA Plus“?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, bei der UEFA EURO 2024 handele es sich um die weltweit drittgrößte Veranstaltung. Nachhaltigkeit stehe bei der Ausrichtung auf der Agenda ganz oben. Das Nachhaltigkeitsprogramm setze deutliche Kriterien, an die sich Berlin selbstverständlich halten werde. Allein der Zwischenbericht an die UEFA umfasse über 300 Seiten.

Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen –

Lucas Schaal (CDU) erkundigt sich, warum das Ist so hoch sei. Weshalb seien die Mittel nicht abgerufen worden, und weshalb würden die Mittel dennoch erhöht?

Thomas Düring (SenInnSport) erklärt, der Titel werde aus der Zweckabgabe der Lotto-Stiftung bezuschusst. Zum Jahresende werde eine Rate der Zahlung auf den Einnahmetitel ins nächste Jahr übertragen, um am Jahresanfang die Zuwendungsempfänger bezahlen zu können. Durch die Verschiebung vergrößere sich kontinuierlich der Rest. Die tatsächlichen Einnahmen aus der Lotto-Zweckabgabe erfolgten in der zweiten Hälfte des ersten Quartals.

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass zur zweiten Lesung in einem Bericht erläutert werde, wie die Lücke von rund 20 Mio. Euro bei den konsumtiven Zuschüssen an die Berliner Bäder-Betriebe, die zu den Vereinbarungen im Bädervertrag entstehe, geschlossen werde.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt zu, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte

Silke Gebel (GRÜNE) fragt vor dem Hintergrund, dass die Kosten für die EM 2024 auf mindestens 63 Mio. Euro geschätzt würden und die Senatorin bereits eine Nachschiebeliste angekündigt habe, ob es bereits eine interne Kostenschätzung für eine Ausrichtung der Olympischen Spiele gebe und wenn ja, wie hoch diese sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) stellt klar, sie habe nicht gesagt, dass es im Senat eine Nachschiebeliste für die EM 2024 gebe, sondern dass sich der Senat inhaltlich mit den Kosten beschäftigen werde. Es werde eine Vorlage angefertigt, die selbstverständlich über den Senat laufen werde. Die Ausrichtung der UEFA EM 24 sei von gesamtstädtischem Interesse, das schließe das Abgeordnetenhaus mit ein.

Hinsichtlich Olympia befinde sich Berlin mit dem DOSB noch in der Findungsphase. Die Entscheidung liege letztendlich beim DOSB und beim Bundesinnenministerium. Das sei auch auf der Sportministerkonferenz so besprochen worden. Berlin werde sich selbstverständlich im Falle einer nationalen Bewerbung finanziell beteiligen. Der DOSB werde in der Findungsphase auch mitteilen, ob er sich eine Bewerbung für 2036 oder 2040 vorstelle. Eine Kostenschätzung könne sie noch nicht geben.

Steffen Zillich (LINKE) entgegnet, auch wenn es eine Absprache unter den Sportministern und Sportorganisationen für eine Bewerbung gebe, bewerbe sich letztendlich eine Stadt und nicht das Land, denn die Investitionsmittel, die Risiken und die Verantwortung trage nicht der DOSB, sondern das Land Berlin. Es sei daher eine stadtpolitische Entscheidung, ob sich Berlin für Olympia bewerbe oder nicht. Bevor Berlin diese Entscheidung treffen könne, müssten zunächst die Prämissen, das Risikobewusstsein und die eigenen Zielsetzungen geklärt sein. Bekanntermaßen hätten Städte mit einer Olympiabewerbung nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Eine Bewerbung für 2036 halte er politisch für aberwitzig.

Welche Ausgabenaufteilung sei im Titel 68630 vorgesehen? Welche Verpflichtungsermächtigungen seien diesbezüglich eingestellt worden?

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion Fragen zu Olympia nachreichen werde. – Vor dem Hintergrund, dass SenSportInn weder die Stadtrendite aus den Special Olympics beziffern noch die Stadtrendite aus der EURO 24 abschätzen könne, empfehle sie SenSportInn dringend, die Kostenschätzung zur Durchführung von Olympia vorzunehmen.

Die Senatorin habe gesagt, dass es seitens des Senats keine Nachschiebeliste gebe und demzufolge der Senat keine Mehrkosten beziffern werde. Es werde aber in der Öffentlichkeit diskutiert, dass die EM 2024 teurer werde. Welche Titel seien deckungsfähig, aus denen etwaige Mehrkosten der EM 2024 finanziert werden könnten?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) wiederholt, die Stadtrendite aus den Special Olympics werde derzeit ausgewertet. – Die Special Olympics World Games seien mit 7 000 beteiligten Sportlerinnen und Sportlern, über 300 000 Zuschauern und Zuschauerinnen und weitreichenden Umbaumaßnahmen ein großer und nachhaltiger Erfolg für Berlin gewesen und hätten für weltweite Präsenz gesorgt. Dieser Mehrwert müsse in die Betrachtung miteinbezo-

gen und der Erfolg der Special Olympics dürfe nicht herabgewürdigt werden. – Sie sage zu, die Stadtrendite detailliert aufzulisten.

Sie bestätige, dass es erhebliche Mehrkosten für die EM 2024 gäben, die sie am Freitag im Sportausschuss ausführlich darstellen werde. Die Vorlage werde dann über den Senat an den Hauptausschuss gehen. Sie verwahre sich dagegen, dass ihr etwas in den Mund gelegt werde, dass sie so nicht gesagt habe.

Silke Gebel (GRÜNE) stellt richtig, dass ihre Fraktion die Special Olympics immer sehr unterstützt habe. Es gebe jedoch in Berlin eine lange Diskussion zu Stadtrenditen bei Großveranstaltungen. Ihre Erwartungshaltung sei, dass eine Sportverwaltung in der Lage sei, die Stadtrendite standardmäßig bei Großveranstaltungen zu berechnen und zeitnah vorlegen zu können, vor allem, wenn die Bewerbung für eine weitere Großveranstaltung beabsichtigt sei.

Sie habe eigentlich erwartet, dass die Mehrkosten dem Hauptausschuss vor dem Fachausschuss transparent vorlegt würden. Das sei eine Frage des Respekts.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest für den Ausschuss fest, dass die Fragen bis Freitag, 6. Oktober 2023, 12.00 Uhr, eingereicht würden, die von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 17. November 2023 schriftlich beantwortet werden sollten.

Titel 83110 – Kapitalzuführung an die Berliner Bäder-Betriebe

Steffen Zillich (LINKE) stellt die Frage, warum keine Kapitalzuführung an die Berliner Bäder-Betriebe mehr auf diesem Wege erfolgen solle.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) kündigt an, die Frage schriftlich zu beantworten.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass der Bericht um eine Abrechnung der bisherigen Kapitalzuführungen ergänzt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) beantragt im Namen seiner Fraktion, dass das Kapitel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Franziska Becker (SPD) kündigt an, dass ihre Fraktion Fragen zur Maifeldtribüne und zum Sportmuseum nachzureichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen bis Freitag, 6.Oktober 2023, 12.00 Uhr, nachgereicht und rechtzeitig zur zweiten Lesung beantwortet würden .

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, die Auswirkungen des Abstiegs von Hertha BSC auf die Mieteinahmen darzustellen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, Angaben dazu könnten nur vertraulich im Datenraum zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, dass es bezüglich der Olympiastadion GmbH den Berichtsstandard gebe, dass nicht im Dokumentenraum sondern in der Regel im Vermögensausschuss berichtet werde. Eine Vorlage im Datenraum lehne er an dieser Stelle ab. Er bitte um eine Vorlage der Wirtschaftsplanung der Olympiastadion GmbH inklusive allen relevanten Angaben, die darauf Einfluss hätten.

Christian Goiny (CDU) pflichtet seinem Vorredner bei, es sei gängige Praxis, so transparent wie möglich zu berichten und nur im Ausnahmefall mit gesonderter Begründung eine Vertraulichkeitsstufe zu wählen. Er sei ebenfalls dagegen, diesen Sachverhalt im Datenraum zu besprechen.

Vorsitzender Stephan Schmidt dankt für die Hinweise. Er schlage vor, den Vorgang im Unterausschuss Vermögensverwaltung zu beraten.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) stimmt dem zu.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, die Mittel für die einzelnen Grundstücke und die baulichen Anlagen getrennt darzustellen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Kapitel 0512 – Sportforum Berlin –

Titel 23143 – Anteil des Bundes an der Unterhaltung von Sporteinrichtungen des Spitzensports

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) beantragt im Namen seiner Fraktion, dass das Kapitel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Zudem bitte er darum, die Neuordnung der Finanzierungsbeiträge des Bundes anlässlich der Neustrukturierung des olympischen und paralympischen Leistungssports und der Spitzensportförderung im Vergleich zu den alten Regelungen einschließlich den Schlussfolgerungen daraus zu erläutern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass das Kapitel zurückgestellt und der Bericht zur zweiten Lesung erwartet werde.

Titel 81279 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Lucas Schaal (CDU) stellt die Frage, weshalb in den Jahren 2024 und 2025 jeweils Mittel für die Ersatzbeschaffung von Eisbearbeitungsmaschinen etatisiert worden seien.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, es gebe in Berlin mehrere Eisflächen, daher seien mehrere Geräte im Einsatz, die bei Bedarf erneuert werden müssten.

[Unterbrechung der Sitzung von 13.09 Uhr bis 13.50 Uhr.]

Der **Ausschuss** beschließt, dem Vorschlag des **Vorsitzenden Stephan Schmidt** zu folgen und das Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport – an dieser Stelle zu beraten.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, das Kapitel 0520 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet im Namen seiner Fraktion darum, in einem schriftlichen Bericht kapitelübergreifend die Verteilung des Personals und der Mittel beim Verfassungsschutz in den Bereichen Rechts-/Links- und „Ausländerextremismus“ darzustellen.

Gender Budgeting

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert den Wunsch, dass die Erläuterung zum Gender Pay Gap überprüft und ggf. angepasst sowie der politische Steuerungsbedarf zur Schließung der Lücke dargestellt werde.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) dankt dem Abgeordneten Walter für den Hinweis. Sie werde den Sachverhalt prüfen und die Frage schriftlich beantworten.

Titel 54006 – Besondere Aufgaben –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet aufgrund des geringen Mittelabflusses 2022 und 2023 darum, die kassenwirksamen Ausgaben in 2022 und per 30. September 2023 darzustellen und die Veranschlagungshöhe zu begründen.

Martin Matz (SPD) macht darauf aufmerksam, dass insbesondere zu diesem Titel dieselben Fragen bereits im Ausschuss für Verfassungsschutz gestellt worden seien. Der Bericht dazu könne im Geheimschutzraum eingesehen werden könne. Gelte das gleiche Verfahren für den Hauptausschuss?

Vorsitzender Stephan Schmidt erläutert, er könne nicht beurteilen, welche Fragen in den Ausschüssen bereits gestellt worden seien. Sollte einem Fachausschuss Antworten bereits vorliegen, könne die zuständige Verwaltung diese kopieren und als Bericht an den Hauptausschuss geben, ob diese einer Geheimhaltungsstufe unterlägen oder nicht, spiele dabei keine Rolle.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) entgegnet, dass die Einstufung der jeweiligen Unterlagen durchaus eine Rolle spiele, da bestimmte Daten nur im Geheimschutzraum besprochen und eingesehen werden dürften.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt klar, das habe er auch so gemeint.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bestätigt, nachdem die Daten eingestuft worden seien, könnten diese unter Berücksichtigung der jeweiligen Geheimstufe eingesehen werden. Sie sage zu, dass in dem Bericht darauf verwiesen werde.

Christian Goiny (CDU) unterstreicht, dass seine Fraktion an den Grundlagen und der Durchführung der Sicherheitseinstufungen festhalten wolle.

81230 – Aufbau eines Dokumentenmangementsystems im Verfassungsschutz Berlin

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, schriftlich auszuführen, welches System bisher zum Dokumentenmangement genutzt worden sei. Werde das neue System mit dem Nachrichtendienstlichen Informationssystem und Wissensnetz – NADIS-WN – kompatibel sein? Wie viele und welche Personen erhielten einen Vollzugriff einschließlich einer Veränderungsberechtigung? Wie sehe der Zeit- und Kostenplan zum Aufbau des neuen Dokumentenmangementsystems aus?

Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, die kassenwirksamen Ausgaben in 2022 und per 30. September 2023 auch zu diesem Titel darzustellen und die Veranschlagungshöhe zu begründen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss die Berichtsaufträge zur zweiten Lesung fest.

Kapitel 0531 – Polizei Berlin – Behördenleitung –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, er bitte darum, das gesamte Kapitel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass das Kapitel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt fest, beim Thema Arbeitsschutz und Sicherheit sei davon die Rede, dass es hier Veränderungen gegeben habe. Dazu hätte er gern eine Gegenüberstellungen der alten und neuen vertraglichen Verpflichtungen oder Leistungen sowie die sich daraus ergebende Begründung der Veranschlagungserhöhung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, diese Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, er begrüße es außerordentlich, dass die Polizei an vielen Stellen versuche, Gender-Budgeting aufzuschlüsseln und umzusetzen. Die Beurteilung der Maßnahmen hänge davon ab, wie viele männliche und weibliche Polizisten bzw. Polizistinnen oder Führungskräfte der Behördenleitung an den Maßnahmen teilgenommen hätten. Diese Angabe fehle hier, daher bitte er darum, nachzureichen, wie die Aufteilung in der Vergangenheit gewesen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, auch diese Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, hier liege eine erfreuliche Erläuterung zum Werbekonzept zur Nachwuchsgewinnung und zur Imagekampagne vor. Er vermute, dass der Aufwuchs vor allem auch darin begründet sei. Was solle neben der sehr sinnvollen Nachwuchsgewinnungskampagne noch aus dem Titel finanziert werden, was hier mit „Sonstiges“ zusammengefasst sei?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, man befinde sich gemeinsam mit der Polizei in der Erarbeitung des Konzepts. Die Kampagne sei notwendig, um Nachwuchs für die Polizei zu gewinnen. Die 104 000 Euro unter „Sonstiges“ seien als Vorsorge für den Fall eingestellt, dass für die Kampagne mehr Geld benötigt werde oder weitere Werbemaßnahmen notwendig werden würden. Die Mittel seien in Zeiten des Fachkräftemangels gut investiertes Geld.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei das Kapitel 0531 – Polizei Berlin – Behördenleitung – abgeschlossen.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion –

Titel 11151 – Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte zur zweiten Lesung um einen schriftlichen Bericht mit einer Gegenüberstellung der kassenwirksamen Gesamteinnahmen und -ausgaben im Zusammenhang mit Kfz-Umsetzungen und Sicherstellungen seit 2021 mit Stichtag vom 30. September 2023. Das Thema sei ihm bereits als Berichterstatter bei der Haushaltswirtschaftskontrolle begegnet. Ausgabe- und Einnahmetitel korrespondierten miteinander, in der Ist-Liste hätten aufgrund des steigenden Aufkommens jedoch einige Male Titel verstärkt werden müssen. Daher frage er sich, ob man hier unter dem Strich auf Kosten sitzenbleibe. Eigentlich sei es ja so gedacht, die Ausgaben für Umsetzungen und Sicherstellungen – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – wieder hereinzuholen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Vasili Franco (GRÜNE) stellt dar, es existierten massive Investitionsbedarfe in der Bußgeldstelle und beim Personal, aber nie die entsprechenden Gelder im Haushalt. Es gebe schon lange Überlegungen in Richtung Wirtschaftsplan oder Zielvereinbarung, um mehr Einnahmen, die dort generiert würden, in den Ausbau der Bußgeldstelle stecken zu können. Bekanntlich sei dies eine Win-win-Situation: mehr Geld im Landeshaushalt, mehr Verkehrssicherheit und auch mehr Einnahmen, die dem Innenhaushalt zugutekommen würden. Er habe gehört, es gebe dazu „weitere Überlegungen“. Dies sei derselbe Stand wie vor zwei Jahren. Komme man hier voran, und wenn ja, bis wann?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) äußert, wenn das Parlament SenInnSport die Einnahmen aus den Geldbußen usw. im Innenhaushalt behalten lassen würde, wäre sie sehr froh. Es handle sich jedoch nur um einen Durchgangsposten, der an SenFin weitergegeben werde und in den allgemeinen Haushalt fließe. Auch im Innenausschuss sei schon oft darüber gesprochen worden, wie damit zukünftig umgegangen werden und ob zum Beispiel mehr Personal in den Bereich gegeben werden sollte, um höhere Einnahmen zu erzielen. Wenn man beispielsweise mehr Blitzer einsetzen würde, würde auch mehr Personal für die Auswertung benötigt, da die Ergebnisse nach drei Monaten verjährt seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass hier nach Möglichkeit keine Diskussionen aus dem Innenausschuss ein zweites Mal geführt werden sollten.

Vasili Franco (GRÜNE) entgegnet, alles, was er hier frage, sei zusätzlich und basiere auf den Berichte, die SenInnSport geliefert habe. – Er habe noch nicht verstanden, ob es einen Wirtschaftsplan geben solle oder nicht. Für ihn höre es sich eher so an, als ob in den nächsten zwei Jahren nichts Wesentliches passieren werde. Es sei eine Problematik wie bei Henne und Ei. Auf der einen Seite habe man einen Einnahmeposten; wenn man in die Bußgeldstelle investiere, stiegen die Einnahmen. Solange es das Geld aber nicht gebe, könne es nicht in die Bußgeldstelle investiert werden, sodass es keine Veränderung gebe. In Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten – sei davon die Rede, dass weitere BePos kommen soll-

ten. Er frage sich, warum BePos und keine vollen Stellen. Ein neues Gebäude an der Ferdinand-Schultze-Straße werde ebenfalls 1,8 Mio. Euro kosten. Könne man davon ausgehen, dass die Senatorin sich mit SenFin zusammensetzen und einen Plan machen werde, wie es möglich wäre, die Bußgeldstelle so aufzustellen, dass sie der Verkehrssicherheit dienen könne, und man gleichzeitig Gelder, die darüber erwirtschaftet würden, dafür verwenden könne? Solange man dieses Problem nicht angehe, sei die Verkehrssicherheit in der Stadt die Leidtragende. Die Bedarfe seien vorhanden und bekannt. Wann werde dieses Geld investiert werden? Ansonsten werde es in den nächsten beiden Jahren so bleiben, wie es hier im Haushaltsplan stehe: Es werde keine wesentliche Verstärkung außer einigen BePos geben.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) unterstreicht, man sei laufend mit SenFin im Gespräch, auch wegen des Wirtschaftsplans. Dabei handle es sich um ein Projekt im Koalitionsvertrag, den man gemeinsam erfüllen werde. Manchmal stünden im Haushalt nur BePos zur Verfügung. Sie hätte selbstverständlich gern für alles feste Stellen. Die BePos müssten entsprechend verlängert werden. Für die Bußgeldstelle habe man insgesamt 50 neue in Aussicht.

Dr. Hugh Bronson (AfD) merkt an, 80 Mio. Euro seien ein erheblicher Betrag. Welches seien die zehn prägnantesten Ordnungswidrigkeiten? Dazu erbitte er eine schriftliche Auskunft.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, es handle sich beispielsweise um Geschwindigkeitsüberschreitungen und die Missachtung roter Ampeln. Sie werde es gern schriftlich ausführen, ihr oblägen aber nur die Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, zu der Frage werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt nach, ob es hier nur um Verkehrsordnungswidrigkeiten gehe.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bejaht dies.

Vasili Franco (GRÜNE) berichtet, zu den BePos habe er unterschiedliche Zahlen vorliegen. In einer Berichtsantwort seien 67 neue BePos für Verkehrssicherheit, also Bußgeldstelle, und Objektschutz aufgeführt. An anderer Stelle sei von 32 plus 16 bereits in diesem Doppelhaushalt veranschlagten die Rede. Wie viele BePos kämen tatsächlich wo hinzu?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erwidert, die Zahlen seien in sich schlüssig. Sie habe lediglich gesagt, dass von den 83 BePos 50 in der Bußgeldstelle angesiedelt seien.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert die Vermutung, dass es bereits einen Bericht über den Ausbaustand der Ladeinfrastruktur für E-Autos gebe, die auch aus diesem Titel finanziert werde. Er bitte darum, diesen zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde es einen schriftlichen Bericht geben.

Titel 51133 – Erwerb von Tieren –

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt fest, hier würden Preissteigerungen beim Kauf von Neuhunden angeführt. Würden mehr Hunde gekauft, oder seien Hunde teurer geworden? Wie viele Hunde seien berlinweit im Einsatz?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, diese Frage werde sie schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, hier hätte er gern eine Übersicht zum CO_2-neutralen Flottenumbau, wie bereits beim Kopfkapitel angesprochen. In dem Titel stecke viel Investitionsbedarf. Dies würde er gern genauer betrachten, insbesondere was die in nennenswerter Höhe angeführten VEs anbelange.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) stellt klar, hier gehe es allein um Treibstoff und Reparaturen. Das andere sei anderswo etatisiert.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wendet ein, dies hänge miteinander zusammen. Auf der einen Seite sei man bemüht, Dekarbonisierung zu betreiben und damit nicht mehr den Kostensteigerungen im karbonisierten Bereich zu unterliegen. Gleichzeitig habe die Senatorin zuvor zu Recht von den Kostenexplosionen bei der Beschaffung von E-Fahrzeugen gesprochen und auf das Dilemma der begrenzten Haushaltsmittel hingewiesen. Wenn der Bericht schon vorliege, würde er diese Zusammenschau gern erhalten. Man sei sich wohl einig, dass man diese nicht nachhaltigen Kosten so schnell wie möglich reduzieren wolle. Was hier eingespart werde, könne an anderer Stelle für sinnvollere Ausgaben, zum Beispiel für Sicherheit und Ordnung, genutzt werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) gibt zu bedenken, hier hätten natürlich auch die enormen Preissteigerungen beim Benzin abgebildet werden müssen. Die übrigen Aspekte werde ihr Haus schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung. – Bei diesem Titel handle es sich möglicherweise um einen der korrespondierenden Titel zu den Kosten für Sicherstellungen und Umsetzungen, die in die Gesamtschau einbezogen werden sollten, um einen Überblick zu bekommen, ob man hier auf Kosten sitzenbleibe. Hier würden höhere Ausgaben aufgrund gestiegener Fallzahlen sowie gestiegener Transportkosten erwartet.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) weist darauf hin, dass die Antwort aus dem Bericht Nr. 104 der Sammelvorlage für den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung hervorgehe, den die Fraktion Die Linke angefordert habe.

Titel 54011 – Überführungen, Überstellungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) erklärt, er bitte darum, die Fallzahlen der Abschiebungen und Rückführungen für 2022 und 2023 schriftlich genannt zu bekommen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 81230 – Drohnen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) wünscht zu erfahren, wie der Senat die Terrorgefahr durch Drohnen einschätze. Gehe es hier nur um Terrorabwehr, oder auch um Raumüberwachung?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) informiert, man habe keine Veranlassung, dem Bericht etwas hinzuzufügen. Es gebe keine weiteren Anzeichen.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

in Verbindung mit

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, er bitte darum, diese beiden Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die beiden Titel seien zurückgestellt. Damit sei Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion – abgeschlossen.

Kapitel 0543 – Polizei Berlin – Landeskriminalamt –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, seine Fraktion bitte darum, das gesamte Kapitel zurückzustellen zur zweiten Lesung. Er hätte zudem gern zur zweiten Lesung einen übergreifenden schriftlichen Bericht für die LKÄ 2, 3 und 4 zur Personalentwicklung der besetzten Stellen in Vollzeitäquivalenten – VZÄ – und deren Wertigkeit in Gegenüberstellung zu den unbesetzten Stellen in VZÄ für die Jahre 2022 und 2023, hier per 30. September. Er hätte in dem Bericht außerdem gern eine Darstellung der Verfahrensentwicklung im Berichtszeitraum in den genannten LKÄ und den dazugehörigen Kommissariaten. Hier interessiere ihn die Darstellung der offenen Verfahren jeweils per 31. Dezember bzw. in diesem Jahr per 30. September. Er bitte auch um eine Darstellung, wie die Entwicklung der sogenannten Liegevermerke in den jeweiligen Organisationseinheiten zu den genannten Stichtagen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass das Kapitel zurückgestellt sei. Ein entsprechender Bericht sei vermerkt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte zudem um einen Bericht zum aktuellen und zum für die Planjahre 2024 und 2025 erwarteten Ermittlungsaufkommen insbesondere im Hinblick auf die Datenauswertungen bei den Encrochat- und Sky-ECC-Komplexen. Hier liege aufgrund der Ermittlungserfolge sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch im Bereich von SenInnSport ein signifikant steigendes Arbeitsaufkommen vor. Es sei erhebliche Datenauswertungsarbeit nötig. Das LKA habe dafür ein hervorragendes Produkt entwickelt, mit dem sehr werthaltig gearbeitet werden könne. Hier gehe es um potenzielle Einnahmequellen in Größenordnungen, wenn man Ermittlungserfolge erziele. Es gebe Äußerungen aus verschiedenen Strafverfolgungsbehörden der Länder, die den quantitativen Aufwuchs der Daten aus Sky ECC gegenüber Encrochat postulierten. Dieser schwanke, deshalb hätte er gern einen Überblick, wie es im Land Berlin aussehe und welche Konsequenzen gegebenenfalls für die Personalausstattung folgen müssten. Alle hätten ein Interesse daran, die Verfahren gut einzuleiten und gut zu erledigen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, auch hierzu werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 81222 – Technisches Analysesystem Internet/Telekommunikation (IMSI) –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt fest, in Berlin existiere im Unterschied zu einigen Flächenländern eine erhebliche 5-G-Abdeckung und es gebe eine Zunahme von verkauften 5-G-Handys. Er unterstütze ausdrücklich die Anschaffung des SUPI-Produkts. Offenbar habe man bisher ein Problem, wenn Kriminelle 5-G-Handys verwendeten und man nicht an deren IMSI kommen könne. Andere Landeskriminalämter hätten die entsprechenden SUPI-Geräte bereits angeschafft. Wie sehe der Zeitplan der geplanten Anschaffung aus? Gebe es derzeit aus Sicht von SenInnSport diesbezüglich tatsächlich eine Lücke? Wenn ja, müsste diese so schnell wie möglich geschlossen werden. Wie viele Geräte würden dafür benötigt?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) betont, es werde keine Lücke geben. Man befinde sich im engen Austausch mit anderen Bundesländern und würde auch Amtshilfe erhalten, wenn diese benötigt würde. Der Ansatz für 2025 umfasse die Beschaffung. Die VEs seien für die Ausschreibung usw. vorgesehen gewesen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die restlichen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 81252 – Aufbau Zentralstelle Cybercrime –

Lucas Schaal (CDU) bemerkt, für das Projekt seien Mittel eingestellt, aber es befinde sich offenbar schon etwas länger in der Planung. Was sei bis jetzt unternommen worden, und womit könne man in Zukunft rechnen?

Dr. Hugh Bronson (AfD) erklärt, seine Fraktion schließe sich der Frage an.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) weist darauf hin, dass diese Fragen in der Sammelvorlage für den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung in dem Bericht mit der Nr. 137, den die Fraktion der CDU und die Fraktion der SPD angefordert hätten, bereits beantwortet worden seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 0543 – Polizei Berlin – Landeskriminalamt – abgeschlossen.

Kapitel 0552 – Polizei Berlin – Polizeiakademie –

Titel 51429 – Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, dies sei entsprechend vermerkt.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Vasili Franco (GRÜNE) stellt fest, hier würden Gelder gekürzt, weil geplant sei, den Fachbereich Polizei an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in die Hochschulverträge zu überführen. Aus der Sammelvorlage gehe hervor, dass geplant sei, das Thema in Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – mit aufzunehmen. Sei dies bereits geklärt? Bisher finde es sich an keiner Stelle wieder. Werde es von den Koalitionsfraktionen eingebracht werden, oder auf welchem Weg werde es in den Haushalt gelangen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, hier wolle sie auf den Bericht Nr. 158 aus der Sammelvorlage verweisen, den die Fraktion der CDU und die Fraktion der SPD angefordert hätten. Man befinde sich noch in der Abstimmung zu den Hochschulverträgen, aber dass alle ein hohes Interesse an der Ausbildung der Polizei hätten, stehe völlig außer Frage.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 0552 – Polizei Berlin – Polizeiakademie – abgeschlossen.

Kapitel 0556 – Polizei Berlin – Direktion Zentraler Service –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, er bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung. – Offensichtlich existiere der Titel doppelt, nämlich noch einmal auf der folgenden Seite. Wahrscheinlich handle es sich um einen Redaktionsfehler, der hoffentlich noch behoben werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Titel zurückgestellt sei. – Offenkundige Redaktionsversehen würden sicherlich korrigiert, gleichwohl danke er für den Hinweis.

Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Dr. Hugh Bronson (AfD) wünscht zu erfahren, was sich hinter diesen Pauschalen Minderausgaben verberge und in welchem Zusammenhang sie mit der demografischen Entwicklung stünden, die in der Erläuterung erwähnt sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) konstatiert, es handle sich um einen völlig normalen Vorgang: Die Älteren gingen, und die Jüngeren kämen. Auch dies sei bereits in der Sammelvorlage geklärt worden, in den Berichten Nr. 167 auf Antrag der Fraktion Die Linke und Nr. 168 auf Antrag der AfD-Fraktion.

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt nach, ob die Stellen neu besetzt würden oder ob sie einfach wegfallen würden, wenn sie altersbedingt frei würden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, dies habe mit dem Stellenhaushalt nichts zu tun. Die Stellen würden selbstverständlich nicht wegfallen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) merkt an, im vorangegangenen Haushaltsplan sei die Tabelle standortscharf ausgefüllt gewesen. Dies gelte auch für ähnliche Titel in diesem Kapitel sowie in Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service –. Warum sei hier nur die Gesamtzahl dargestellt worden?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) verweist darauf, dass es in Bericht Nr. 30 der Sammelvorlage, angefordert von der Fraktion Die Linke, ein umfangreiches dazu Papier gebe.

Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR –

Lucas Schaal (CDU) stellt fest, hier gehe es um ehemalige Angehörige der Volkspolizei, der Feuerwehr der DDR usw. Er sei verwundert, dass der Titel noch anwachse. Dies könnte damit zusammenhängen, dass immer noch Betroffene in Rente gingen. Gebe es Erkenntnisse dazu, wann der Kipppunkt erreicht sei, also wann dieser Titel anfangen werde, kleiner zu werden, und wann er nicht mehr benötigt werde?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, sie könne keine genaue Prognose zu einem Kipppunkt abgeben. Sie gehe aber davon aus, dass dieser zeitnah erreicht sein werde.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich, um wie viele Personen es sich dabei handle.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erwidert, dazu könne ein schriftlicher Bericht angefertigt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei entsprechend vermerkt.

Titel 81214 – Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 81236 – Mobile Kommunikation –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, auch diesen Titel würde er gern zurückstellen lassen. – Gebe es zu diesem Punkt bereits einen Bericht, der das Konzept nahelege? Falls ja, hätte er diesen gern hier gelesen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 81242 – Infrastruktur Massendaten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, diesen Titel würde er ebenfalls gern zurückstellen lassen zur zweiten Lesung. – Hierzu interessiere ihn, inwieweit prozessbegleitend eine datenschutzrechtliche Begleitung im Haus oder durch die Datenschutzbeauftragte stattfinde.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt, dies sei selbstverständlich datenschutzrechtlich begleitet worden. – Zu Titel 81236 – Mobile Kommunikation – habe sie gerade mehrere Berichte aus der Sammelvorlage für den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung vorgelegt bekommen: Nr. 192, angefordert von der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Nr. 193, angefordert von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Nr. 194, angefordert von der Fraktion Die Linke, Nr. 195, angefordert von der AfD-Fraktion, und Nr. 196, angefordert von Bündnis 90/Die Grünen. Zu Titel 81242 – Infrastruktur Massendaten – liege ein Bericht für den Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz mit der Nr. 12 vor, angefordert von der Fraktion Die Linke. Auf Titel 81247 – Digitalinfrastruktur (landesweit) – bezögen sich die Berichte Nr. 197, angefordert von der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, und Nr. 198, angefordert von der AfD-Fraktion, für den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie Bericht Nr. 4, angefordert von der AfD-Fraktion, aus der Sammelvorlage für den Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz. Des Weiteren lägen aus der Sammelvorlage für den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung die Berichte Nrn. 199, 200 und 201 vor, jeweils angefordert von der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD.

Vorsitzender Stephan Schmidt fragt den Abgeordneten Schlüsselburg, ob er Wert darauf lege, dass all diese Berichte auch im Hauptausschuss ausgelöst würden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er habe den Titel zurückstellen lassen und werde sich die Berichte anschauen, die seiner Fraktion, wie bereits gesagt, erst heute zugegangen seien.

Titel 81246 – Server – verfahrensabhängig –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte darum, den Titel zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei. Kapitel 0556 – Polizei Berlin – Direktion Zentraler Service – sei damit abgeschlossen.

Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr – Behördenleitung –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) weist darauf hin, dass bei der Übersichtstabelle auf Seite 213 für Hauptgruppe 4 bei den Personalausgaben keine Werte eingetragen seien. Dies sei vermutlich nur ein redaktioneller Fehler, verzerre aber den Gesamtwert erheblich. Er bitte darum, dies für die Beschlussvorlage zur zweiten Lesung und im Plenum nachzubessern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies nachgebessert werde.

Christian Goiny (CDU) sagt, er habe zum Thema Berliner Feuerwehr eine übergreifende Berichtsbitte. Es gehe ihm um die Konzeption und die Schwerpunktsetzung hinter der Etatisierung in den verschiedenen Haushaltstiteln. Er bitte daher um eine Darstellung im Gesamtzusammenhang zur perspektivischen Entwicklung im Personalbereich, insbesondere zur Sicherung der Übernahme aller Auszubildenden in entsprechende Dienstverhältnisse, auch was die Planung für den Doppelhaushalt 2026/2027 betreffe. – Zum Rettungsdienst und zur Rettungsakademie: Welche konzeptionelle Aufstellung stehe dahinter, um die Situation hier in den nächsten Jahren zu verbessern? – Zum Themenbereich Resilienz, Katastrophenschutz und Großschadensereignisse: Wie solle die Feuerwehr mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bzw. den angegangenen Konzepten ausgestattet werden, um neuen möglichen Herausforderungen wie Flächenbränden, Starkregenereignissen und anderen äußeren Bedrohungen begegnen zu können? Welche konzeptionelle Herangehensweise sei von SenInnSport geplant, um die Feuerwehr hier perspektivisch fit zu machen? – Wie könne sichergestellt werden, dass Feuerwachen nicht mehr von Mitgliedern der organisierten Kriminalität geplündert würden, um Technik für Einbrüche zu organisieren?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Martin Matz (SPD) bemerkt, die heutige Beratung werde bei Polizei und Feuerwehr aufmerksam beobachtet. Er wolle daher auf Folgendes hinweisen: Man habe sich mit großer Sorgfalt überlegt, welche Fragen man im Innenausschuss stellen solle, um bestimmte Sachverhalte rechtzeitig herauszubekommen, damit man gegebenenfalls mit Änderungsanträgen darauf reagieren könne. In dem großen Paket der Antworten, die dem Innenausschuss zur zweiten Lesung vorlägen, seien die wesentlichen Fragen, die die Abgeordneten umtrieben, enthalten. Darunter seien auch viele Fragen, die hier noch einmal gestellt worden seien. Dies

sei der Grund dafür, warum nur wenige Fragestellungen und Redebeiträge von der SPD-Fraktion kämen.

Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt fest, der Ansatz sei unter R2G angehoben worden und solle jetzt wieder auf das vorherige Niveau abgesenkt werden. Dafür gebe es grundsätzlich zwei Erklärungen: Entweder sei die Beteiligung an Messen und Ausstellungen so erfolgreich gewesen, dass genügend Bewerbungen vorlägen, oder der Erfolg sei geringer gewesen als erhofft, und man reduziere den Ansatz wieder auf den prognostizierten Bedarf. Was sei zutreffend?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, diese Frage sei im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung bereits gestellt und unter der Nr. 220 beantwortet worden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, er würde den Titel gern zurückstellen lassen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Titel sei hiermit zurückgestellt.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) merkt an, hier seien für beide Jahre 768 000 Euro eingestellt. Es werde auf ein Mehr unter anderem durch die Veranstaltung zum Jubiläum „175 Jahre Berliner Feuerwehr“ verwiesen. Wann würden hier welche Ausgaben getätigt?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) weist darauf hin, dass hierzu Bericht Nr. 223a auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliege.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, er bitte darum, den Titel zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Titel sei zurückgestellt.

Vasili Franco (GRÜNE) erklärt, auch ihm sei die Höhe der Mittel aufgefallen. In der Antwort sei aufgeführt, dass es zum Jubiläum 2026 einen Sonderdruck für eine Briefmarke geben solle. Was sei zudem unter „Beauftragung der Leistung zur Anfertigung einer Sonderauflage von Modellfahrzeugen der Berliner Feuerwehr“ zu verstehen? Angesichts der Großbaustellen in diesem Bereich frage er sich, ob es nicht andere Prioritäten gäbe.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erläutert, es handle sich um Künstlerwettbewerbe und anderes. Es würden auch Give-aways zum Jubiläumsjahr produziert. Sie sei überzeugt, dass dies gut angelegtes Geld sei.

Vasili Franco (GRÜNE) wiederholt seine Frage, was er sich unter der Sonderauflage von Modellfahrzeugen vorstellen könne.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) berichtet, die genaue Konzeption werde derzeit erstellt. Es handle sich um kleine Modellautos, bei denen auf der Seite „Berliner Feuerwehr

175 Jahre“ oder Ähnliches zur Identifizierung mit der Berliner Feuerwehr aufgedruckt sei. Diese sollten als Geschenke verteilt werden. Dies sei auch bei Feuerwehren in anderen Bundesländern üblich.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr – Behördenleitung – abgeschlossen.

Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr – Einsatzbereiche –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 81105 – Gerätewagen, Wechselladerfahrzeuge, Abrollbehälter –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, was man sich unter den vier Abrollbehältern für die UEFA EURO 2024 vorstellen könne, die für 1,4 Mio. Euro beschafft werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, diese Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Vasili Franco (GRÜNE) merkt an, hier sei unter „Abbau Sanierungsstau“ die Summe 10 Mio. Euro pro Jahr genannt, in einer Berichtsantwort sei nur noch von 1 Mio. Euro die Rede gewesen. Was davon gelte?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) verweist darauf, dass dies in dem bereits genannten Bericht Nr. 30 aufgeführt sei.

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt fest, hier seien konkrete Zahlen für den Ansatz, das Ist und die Planung für 2024 und 2025 genannt, für 2024 und 2025 seien allerdings keine Nettomieten aufgeführt. Wann würden die konkreten Beiträge vorliegen? Er gehe nicht davon aus, dass es sich um Jahresverträge handle, die am 1. Januar jedes Mal erneuert und erhöht werden müssten.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) informiert, um die konkreten Nettokaltmieten aufführen zu können, befinde sich ihr Haus in der Abstimmung mit der BIM und mit SenFin.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies werde entsprechend nachgeholt.

Titel 81215 – Body- und Dashcams –

Lucas Schaal (CDU) merkt an, hier seien 800 000 Euro eingestellt, jedoch erst für 2025. Mit wie vielen Body- und Dashcams könne man rechnen, die tatsächlich eingesetzt werden könnten? Sei es nicht möglich, dies schneller auf den Weg zu bringen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) weist darauf hin, dass die Frage bereits in Bericht Nr. 242, angefragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantwortet sei. Für die Berliner Feuerwehren sollten 917 Bodycams und 1 000 Dashcams beschafft werden.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Vasili Franco (GRÜNE) fasst zusammen, die Notarztverträge müssten neu ausgeschrieben werden, und es finde eine Erhöhung bei den Verpflichtungsermächtigungen auf maximal 40 Mio. Euro statt. Er habe Verständnis dafür, dass die Notarztverträge aufgrund der Preisentwicklung teurer würden. Derzeit seien 25 Mio. Euro vorgesehen, die ab 2026 auf 40 Mio. Euro ansteigen könnten. Wofür sollten diese zusätzlichen Ausgaben erfolgen? Wofür genau solle jeweils wie viel Geld ausgegeben werden? In der Antwort sei auch die Rede von AG-NA V. Sei dies die Fortschreibung der Notarztverträge oder etwas anderes?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bestätigt, dass es sich, wie im Innenausschuss bereits besprochen, dabei um die Neuausschreibung handle. Alles Weitere finde sich in Bericht Nr. 237, angefordert von der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD.

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt fest, für die Stroke-Mobile werde für 2024 und 2025 gar nichts mehr angesetzt. Würden diese wegfallen, oder werde es dafür einen Ersatz geben?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt, es sei richtig, dass dafür noch nichts eingesetzt sei.

Christian Goiny (CDU) bemerkt, dies gehöre sicherlich zu den Punkten, auf die noch einmal zurückzukommen sei, weil es sich dabei auch um ein Forschungsprojekt zusammen mit der Charité handle. Man könne es sicher besser justieren, sodass es bei der Feuerwehr effizienter laufe und auch der wissenschaftliche Mehrwert deutlicher werde.

Er wolle noch einen Teilaspekt zu seinem einleitenden Berichtsauftrag ergänzen. Dabei gehe es um die Einsatzfahrten, die Verteilung der Notarzteinsätze und die Zulieferung an die einzelnen Unfallkrankenhäuser. Dies werde er bis zum 6. Oktober 2023 schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei entsprechend vorgemerkt. Damit sei Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service – abgeschlossen.

Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr – Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Leitung –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – ZS D 2 – vom 08.09.2023 **Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten** **Juristische Unterstützung durch eine auf EU-Vergabeverfahren im IT-Bereich spezialisierte Fachkanzlei** **Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** (Berichtsauftrag aus der 36. Sitzung vom 17.05.2023)	0951 D Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt fest, das deutlich erhöhte Ist für 2022 werde damit erklärt, dass es Einbrüche in der Ferdinand-Schultze-Straße gegeben habe. Sei der Standort mittlerweile einbruchssicher, oder halte der Senat noch weitere Finanzmittel bereit, um dort eventuell nachzubessern?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt, diese Frage werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt. Damit sei Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Leitung – abgeschlossen.

Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Personenstands- und Einwohnerwesen –

Titel 81242 – Digitalisierung Mikrofilmarchiv –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) ruft in Erinnerung, schon bei den Haushaltsberatungen vor zwei Jahren sei mitgeteilt worden, dass bereits damals nach einer Software gesucht worden sei, um das Archiv später durchsuchbar zu machen. Verstehe er es richtig, dass das eine die softwaregestützte Durchsuchbarmachung des Mikrofilmarchivs mit der Mikrofilmtechnik sei und das, was jetzt als Softwarelösung benötigt werde, und die zugehörigen Mittel sich

nicht mehr auf die Mikrofilmtechnik bezögen, sondern auf digitalisierte Technik? Oder sei dies immer noch derselbe Vorgang wie vor zwei Jahren?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, diese Frage werde schriftlich beantwortet.

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, wie es zu verstehen sei, dass es hier einen Wegfallvermerk gebe, aber dennoch für 2025 mehr als 0,5 Mio. Euro veranschlagt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass auch diese Frage schriftlich beantwortet werde. Damit sei Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Personenstands- und Einwohnerwesen – abgeschlossen.

Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugzulassung –

Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung –

Kapitel 0575 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Entschädigungsleistungen –

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Vasili Franco (GRÜNE) äußert, er habe eine technische Nachfrage. Bei diesem Titel würden 100 BePos geschaffen bzw. 50 verlängert und 50 neue geschaffen. SenInnSport habe seiner Fraktion geantwortet, es seien 50 Stellen mit Finanzierung und 50 mit Abfederungszusage. Worum handle es sich hierbei?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, diese Frage werde schriftlich beantwortet. Damit sei die erste Lesung von Einzelplan 05 – Inneres und Sport – beendet.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.09 Uhr bis 15.23 Uhr]

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte darum, den gesamten Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz – zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Einzelplan zurückgestellt sei.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten werden:

a) Bericht SenJustVA – I DiHV 1 – 0974 A
Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Haupt
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 06 vertagt)

b) Bericht SenJustV – I ID ZD CV – vom 28.08.2023 0742 A
Fortschrittsbericht zum Aufbau und zur Struktur der Abteilung V Haupt
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 06 zurückgestellt)

c) Bericht SenJustV – II B 5 – vom 05.07.2023 0402 A
Zusammenarbeit von Amtsgericht, Berufsbetreuer*innen, Betreuungsbehörden in den Bezirken und Betreuungsvereinen Haupt
gemäß Auflage B. 34 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 06 zurückgestellt)

d) Bericht SenJustV – III B 1.5 – vom 05.09.2023 0256 C
Fortführung und Weiterentwicklung der Werbekampagne für den Berliner Justizvollzug (Justizvollzugsanstalten) im Sinne einer Arbeitgebermarke Haupt
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 42. Sitzung am 27.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 06 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0974 A, 0742 A, 0402 A und 0265 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, hierzu sei dem Fachausschuss berichtet worden, dass ein, wie er finde, „sensationeller Erfolg“ geglückt sei, nämlich eine AT-1-Stelle zu generieren, mit der insbesondere die Steuerung der Digitalisierungsprozesse im Stammhaus vorangebracht werden solle. Gerade im Bereich von IT-Servicemanagern und Ähnlichem sei es für die öffentliche Hand schwierig, Personen für diese Bedarfe zu akquirieren, weil das öffentliche Dienst- und Besoldungsrecht hier nicht konkurrenzfähig sei. Der Bericht sei diesbezüglich allerdings ein bisschen dünn, daher interessiere ihn ergänzend, ob dies beispielgebend sein könnte für andere Hauptverwaltungen. Seien die Verhandlungen mit den Beschäftigtenvertretungen, um diese AT-1-Stelle zu schaffen, schwierig gewesen?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) führt aus, im Bereich der Justiz stünden vielfältige IT-Projekte an, für die qualifiziertes Fachpersonal benötigt werde: zum einen die Einführung der digitalen Akte, aber auch Projekte in der Senatsverwaltung für Justiz und das Rechenzentrum Justiz. Daher benötige man jemanden, der diese Projekte federführend aufeinander abstimme. Weiter gehende Details reiche sie gern schriftlich ein.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Katrin Schmidberger (GRÜNE) schickt voraus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde noch schriftliche Fragen einreichen. Sie bitte darum, die Frist bis zum 9. Oktober 2023, 12 Uhr zu verlängern, da die Berichte den Abgeordneten erst heute zugegangen seien.

Bei dem Titel seien für 2024 und 2025 keine Mittel für den Justiz-Campus Moabit eingestellt. Bedeute dies, dass der Senat von der Weiterentwicklung des Justiz-Campus Abstand nehme? Inwiefern würden die Flächenpotenziale des aktuellen Parkhausstandorts noch mit einbezogen, falls es überhaupt geplant sei?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die schriftlichen Fragen zu diesem Einzelplan bis zum 9. Oktober 2023, 12 Uhr eingereicht werden könnten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert, auch er beziehe sich auf Teilansatz 6 des Titels. Er habe eine ergänzende Frage zu den dem Fachausschuss gelieferten Antworten. In dem Bericht sei geantwortet worden, dass nach wie vor beabsichtigt sei, die Flächenpotenziale des aktuellen Parkhausstandorts zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzbar zu machen. Dies begrüße er. Wann rechne der Senat damit, zu einer VPU und einer BPU zu kommen?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) informiert, die für den Justiz-Campus Moabit erforderlichen Mittel seien in Titel 52610 – Gutachten – veranschlagt. Sie seien also nicht ersatzlos gestrichen. – Was das Liegenschaftsmanagement und die weiteren Planungen angehe, sei man gerade dabei, ein Gesamtkonzept zu den vielfältigen Fragen im Bereich Liegenschaften der Berliner Justiz zu erstellen. Dazu sei in Kürze eine Besprechung mit den Leitungen der betroffenen Gerichte geplant, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, die die Inte-

ressen der Kolleginnen und Kollegen weitestgehend berücksichtige. Weiter gehende Informationen könne sie zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht übermitteln.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er bitte darum, falls das Leitungsgespräch dann schon stattgefunden habe, zur zweiten Lesung des Einzelplans einen Folgebericht zu der Frage vorzulegen, ob sich daraus bereits etwas für den Zeitplan ergeben habe.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) konkretisiert, das Gespräch sei erst für Ende November 2023 geplant. Insofern werde es bis zur zweiten Lesung keinen neuen Sachstand geben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein entsprechender Bericht erstellt werde, sobald das Gespräch stattgefunden habe.

Titel 52610 – Gutachten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) sagt, er habe eine Frage zu Teilansatz 6, Forschungsprojekt „Zugang zum Recht“. In dem Bericht, der dem Fachausschuss zur Verfügung gestellt worden sei, werde erwähnt, dass inzwischen ein zweiter Zwischenbericht zu dem Forschungsprojekt vorliege. Da es nach den Verfahrensregeln im Fachausschuss jetzt nicht mehr möglich sei, wolle er fragen, ob dieser dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werden könne. Möglicherweise ergäben sich daraus Potenziale für Änderungsanträge.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) informiert, der zweite Bericht sei vor Kurzem in ihrem Haus eingegangen und sei noch nicht ausgewertet worden. Man werde sich bemühen, dies bald zu tun und den Bericht zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werden könne.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Katrin Schmidberger (GRÜNE) erkundigt sich, warum unter Teilansatz 9 für das Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“ für 2024 und 2025 keine Mittel eingestellt seien.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) ergänzt, das Modellprojekt sei noch unter der R2G-Regierung etatisiert worden. Die Veranschlagung solle aufgrund einer schon von Senatorin Dr. Kreck angeordneten Überprüfung wegfallen. Deren Ergebnis liege mittlerweile vor und laute, dass es Friktionen mit den bundesrechtlichen Vorgaben der Zustellung gebe, die in der Gesamtabwägung dazu geführt hätten, dass das Projekt hier wegfalle. Seine Fraktion finde dies trotzdem falsch und wolle diese Mittel spätestens zur zweiten Lesung durch einen Änderungsantrag wieder etatisieren, weil sie der Auffassung sei, dass an jeder denkbaren sich bietenden Nahtstelle mit den unterschiedlichen Verantwortungen im Land versucht werden müsse, einen Beitrag dazu zu leisten, dass so wenige Räumungstitel wie möglich überhaupt entstünden. Daher bitte er zur zweiten Lesung um das Schriftstück, in dem die rechtlichen Bedenken aufgeführt seien, um den Änderungsantrag substanziiert begründen zu können.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) führt zu den rechtlichen Bedenken Folgendes aus: Die Gerichtsvollzieher sollten hier auf eine Ersatzzustellung verzichten, sofern die betreffende Person nicht angetroffen werde. Die Voraussetzungen für die Ersatzzustellung seien allerdings relativ klar und deutlich formuliert. Entweder lägen diese vor, dann müsse eine Ersatzzustellung vorgenommen werden, oder nicht, dann dürfe keine Ersatzzustellung erfolgen. Es gebe hier keinen Ermessensspielraum. Wenn man Personen bitten würde, von der Ersatzzustellung keinen Gebrauch zu machen, würde man von ihnen erwarten, sich in Widerspruch zum Recht zu setzen. Sie sei gern bereit, dies noch einmal rechtlich auszuarbeiten und dem Hauptausschuss vor der zweiten Lesung zur Verfügung zu stellen. Sie wolle unterstreichen, dass man in der Sache einer Meinung sei. Es müsse alles Mögliche getan werden, um jeden einzelnen Fall zu verhindern, aber dies sei ihrer Meinung nach nicht der richtige Weg. Die Bezirke müssten personell in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe zeitnah nachkommen zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein entsprechender Bericht sei vermerkt.

Dr. Hugh Bronson (AfD) wünscht zu erfahren, was genau bei Teilansatz 20, Extern begleitete Bestandsaufnahme im Themenfeld Vielfalt in der Justiz, für die Bestandsaufnahme unter externe Begleitung erfasst werden solle.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) weist darauf hin, dass diese Frage bereits als lfd. Nr. 69 gegenüber dem Fachausschuss beantwortet worden sei. Sie könne den Bericht aber gern auch dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, auch dies sei vermerkt.

Titel 54615 – Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt fest, offenbar handle es sich um eine Angelegenheit des Länderverbunds. Er hätte gern einen schriftlichen Bericht mit einem Überblick dazu, wie das Verfahren sei, wenn man bestimmte statistische Abfragemöglichkeiten verändern wolle. Dass nicht alles ohne Weiteres automatisiert recherchierbar sei, sei ärgerlich sowohl für die Verwaltung als auch für die Abgeordneten. Was sei notwendig, um dies zu ändern?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Andreas Geisel (SPD) merkt an, hier sei auch die Gefangenenseelsorge etatisiert. Es werde diskutiert, ob es sinnvoll sei, neben der vorhandenen muslimischen Seelsorge weitere Religionen zu berücksichtigen und beispielsweise eine christliche Gefangenenseelsorge aufzubauen. Welche Voraussetzungen wären dafür erforderlich? Sei dies sinnvoll? Wie sei die Gefangenenseelsorge organisiert? Würde eine Verstärkung dieses Titels schon in den nächsten beiden Haushaltsjahren tatsächlich Wirkung erzielen, oder sei hier ein gewisser Vorlauf nötig? Dazu bitte er um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) sagt, sie wolle exemplarisch einige der vielen Einzelmaßnahmen herausgreifen, wie die Kinderschutzambulanzen und das Childhood-House. Bei der Gewaltschutzambulanz gebe es eine Absenkung. Was seien die Gründe für diese Entscheidungen? Gerade beim Childhood-House sei dem Senat eigentlich bekannt, dass dort noch weitere Stellen gebraucht würden und ein Aufwuchs notwendig wäre.

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) berichtet, bei der Gewaltschutzambulanz gebe es keine Absenkung, was die Auskömmlichkeit betreffe. Im Jahr 2023 eingestellte Projektmittel seien 2024 und 2025 nicht mehr erforderlich, da dieses Projekt nicht mehr bestehe, und seien deshalb nicht mehr aufgenommen worden.

Dr. Hugh Bronson (AfD) erkundigt sich hinsichtlich des Projekts „Beratung für Männer – gegen Gewalt“ im Kooperationsverbund mit „Kind im Blick“, ob es etwas Ähnliches auch für Frauen gebe. Aus der Übersicht auf Seite 28 des Einzelplans gehe hervor, dass 2021 13 Prozent der Teilnehmenden Frauen gewesen seien und 2022 19 Prozent. Wie stehe der Senat dazu, etwas Ähnliches auch für Frauen zu organisieren?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erklärt, diese Frage würde die Verwaltung gern schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt. Damit sei Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service – abgeschlossen.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er habe eine Frage zur Roadmap digitales Staatsexamen. Berlin sei erfreulicherweise hinsichtlich der Digitalisierung der zweiten juristischen Staatsprüfung bundesweit an der Spitze der Entwicklung. Wie sei der derzeitige Stand für Roadmap, Zeit- und Kostenplan für die Digitalisierung der ersten juristischen Staatsprüfung? Dies sei allein aufgrund der Anzahl der zu Prüfenden voraussetzungsreich, sollte aber auf jeden Fall in den Blick genommen werden.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) bestätigt, dass Berlin im Dezember 2023 das zweite Staatsexamen erstmalig digital schreiben lassen werde. Die Erfahrungen damit sollten genutzt werden, um eine Roadmap zu erstellen, wie man zeitnah eine digitale erste Examensklausur einführen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) konstatiert, es wäre sinnvoll, die Quote der Prüfungsbeteiligung der auf Honorarbasis tätigen Hochschullehrenden zu erhöhen. Diese liege sowohl in den mündlichen als auch in den schriftlichen Prüfungen ungefähr bei 1 Prozent. Der haushälterische Vorteil wäre, dass dies nichts kosten würde, weil es in den gesetzlichen Regelungen durch den Ruf als Hochschullehrer eingepreist sei. Andererseits wäre es auch fachlich hoch-

gradig interessant, da dies diejenigen seien, die die Studierenden bis zum Zeitpunkt der ersten Staatsprüfung ausbildeten. Es gebe also gewissermaßen ein Einsparpotenzial, wenn man den Anteil der Lehrenden am Prüfgeschehen erhöhen würde. Hier könnte SenJustV gegenüber den Hochschulen werbend tätig werden. Er bitte um einen Bericht zur zweiten Lesung zu der Frage, ob es dazu schon konzeptionelle Ideen gebe.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) sagt, den gewünschten schriftlichen Bericht werde die Verwaltung liefern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dazu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde. Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt – sei damit abgeschlossen.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
– Verbraucherschutz –

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – VII A VET 101 – vom 22.09.2023 **Zuschüsse für den Tierschutz** **hier: Schutz der in Not geratenen / hilfebedürftigen Eichhörnchen** (Berichtsauftrag aus der 21. Sitzung vom 08.06.2022)	1159 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Sebastian Walter (GRÜNE) stellt fest, hier und an vielen anderen Stellen des Einzelplans seien im Sinne des Gender-Budgeting zu Beginn des jeweiligen Kapitels die durchschnittlichen Unterschiede zwischen den Einkommen bei männlichen und weiblichen Beschäftigten aufgeführt. Dabei zeige sich regelmäßig, dass ein Gender-Pay-Gap existiere. Bei den Führungsebenen gebe es meist auch einen deutlichen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten. Die Erklärung laute quasi durchgängig, dies hänge mit unterschiedlichen Laufbahngruppen zusammen, die zu unterschiedlichen Vergütungen führten. Am Ende stehe der folgende Satz:

> Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Was bedeute dies konkret? In diesem Kapitel sowie in Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft –, Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft –, Kapitel 0613 – Amtsanwaltschaft – hier nur die Führungskräfte –, Kapitel 0615 – Kammergericht –, Kapitel 0616 – Landgericht I – Strafsachen –, Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg – und Kapitel 0651 – Sozialgericht – sei die Differenz durch den Gender-Pay-Gap am größten. Ergebe sich dies tatsächlich immer nur aus den unterschiedlichen Besoldungsgruppen, und werde hier keine Steuerungsmöglichkeit gesehen? Was tue die Senatsverwaltung an den einzelnen Institutionen jeweils wirklich, um im Sinne von Gender-Budgeting zum einen die Beschäftigtenstruktur geschlechtergerechter aus-

zugestalten und zum anderen den Gender-Pay-Gap zu verringern? Dazu hätte er gern einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Dr. Hugh Bronson (AfD) merkt an, der Ansatz habe sich von 109 000 Euro auf 14 000 Euro erheblich verkleinert. Dies erkläre sich offenbar dadurch, dass es eine Katzenschutzverordnung gebe. Solle dazu jetzt keine Aufklärung mehr betrieben werden?

Sandra Grohmann (SenJustV) antwortet, nach ihrer Kenntnis seien die Maßnahmen abgeschlossen, deswegen hätten dafür keine Gelder mehr veranschlagt werden müssen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) wendet ein, das würde ja bedeuten, dass keine weitere Aufklärung mehr zur Katzenschutzverordnung notwendig sei. Dies halte er für sehr optimistisch.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) weist darauf hin, dass unter der Nr. 5 sei eine Studie zu einer möglichen Abschaffung der sogenannten Rasseliste gemäß § 5 des Berliner Hundegesetzes genannt sei. Bedeute dies, dass die Rasseliste abgeschafft werden solle? Auf dieser Liste seien auch Kampfhunde aufgeführt. Wenn die Liste abgeschafft werde, solle es dann einen Hundeführerschein für alle geben?

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) sagt, ein Teil der Antwort finde sich in der lfd. Nr. 117 der Synopse für den Rechtsausschuss. Das Ziel der Abschaffung der Rasseliste sei im Koalitionsvertrag festgelegt. Das Gutachten solle gerade dazu dienen zu erörtern, wie in Zukunft ohne eine Rasseliste verfahren werden könne.

Titel 54068 – Ausgaben für den Tierschutz –

Katrin Schmidberger (GRÜNE) erkundigt sich, warum die Gelder für die Kastration von Katzen gekürzt würden, obwohl in der Stadt bekanntermaßen ein sehr hoher Bedarf bestehe.

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) bestätigt, dass die Mittel abgesenkt würden. Im Bericht lfd. Nr. 127 in der Synopse für den Rechtsausschuss sei nachzulesen, warum dies der Fall sei.

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt fest, während die Mittel zur Kastration von Katzen herabgesetzt würden, würden die zum Stadttaubenmanagement heraufgesetzt. Welche Maßnahmen würden damit finanziert?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erklärt, diese Frage werde die Verwaltung schriftlich beantworten.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet, dass zum Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) – ein Bericht darstelle, wie die Mittel in den letzten beiden Jahren verausgabt worden seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um Erläuterung, was konkret unter Punkt 3 des Titels, Geflüchtete und Verbraucheraufklärung, zu verstehen sei.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet, dass erklärt werde, warum es bei der Förderung der Verbraucheraufklärung Kürzungen gebe, obwohl sogar zweiter Standort geplant sei.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass die Frage bezüglich Punkt 3 schriftlich beantwortet werde. – Die zweite Frage betreffe die lfd. Nr. 146 des Vorgangs 0115-1 des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten und sei dort bereits beantwortet worden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde. – Die Frage der Abg. Schmidberger sei erledigt.

Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft –

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – I B 3 / I B 7 – vom 06.09.2023 **Geschäftsentwicklungen und Verfahrensdauer in den Zivil-, Straf- und öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten** gemäß Auflage B. 33 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0452 A Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0452 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titels 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt nach, ob die Leitung der Abt. 17 der Generalstaatsanwaltschaft inzwischen wieder besetzt worden sei. – Des Weiteren bitte er rechtzeitig zu

Beginn des Stellenbesetzungsverfahrens der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft um einen Bericht, was die Besetzungskriterien seien und wie sich das Verfahren darstelle. Der Hauptausschuss müsse in diesem wichtigen Verfahren miteingebunden sein.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) antwortet, dass die Leitung der Abt. 17 noch nicht nachbesetzt worden sei. – Bezüglich der Besetzung der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft werde der Hauptausschuss informiert, sobald das Verfahren initiiert werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt nach, was der Zeitplan des Besetzungsverfahrens der Leitung der Abt. 17 sei.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass das schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) unterstreicht, dass die Anschaffung der ORBIS-Datenbank zur Verbrechensbekämpfung bedeutend gewesen sei. Die Datenbank helfe, Finanz- und Wirtschaftskriminalität zu verfolgen, was die Einnahmen des Landes Berlin durch die Einziehung von Vermögen verbessern könne. Derzeit sei ein paralleles Arbeiten aber nicht möglich, da nicht genügend Lizenzen für die 20 Staatsanwälte/-innen, die damit arbeiteten, eingekauft worden seien. Sei die geplante weitere Lizenz ausreichend, oder müssten für ein effektives Arbeiten weitere Lizenzen angeschafft werden?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass die Frage mit der Generalstaatsanwaltschaft abgeklärt und dann schriftlich berichtet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft –

Titels 11923 – Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert das Bedenken, dass die Ansätze für die Einnahmen in 2024 und 2025 des Titels zu hoch angesetzt seien und ein Haushaltsrisiko darstellten. Am 31. August habe das Ist für 2023 2,5 Mio. Euro betragen. Das sei weit vom Einnahmeziel entfernt. Angesichts dessen und aufgrund der Nichtplanbarkeit dieser Einnahmen seien die 10,3 Mio. Euro in 2024 sowie die Ansatzerhöhung in 2025 auf 15,3 Mio. Euro sehr optimistisch. Gebe es bereits Erkenntnisse, dass diese Ziele sicher erreicht werden könnten oder werde vorgesorgt, um das Haushaltsrisiko zu mindern? – Generell sei es positiv, dass Berlin bereits bedeutende Erfolge bei der rechtsicheren Einziehung von Gewinnen aus Straftaten erzielt habe. Die Fortsetzung der Stärkung der personellen Ausstattung auch im aktuellen Haushaltsplan sei zu begrüßen.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) unterstreicht, dass es ihr Schwerpunktthema sei, die Einnahmen durch die Abschöpfung von inkriminiertem Vermögen zu steigern. Der Flaschenhals sei die personelle Ausstattung in den entsprechenden Bereichen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte. 2022 habe es basierend auf gerichtlichen Einziehungsentscheidungen ein Potenzial von circa 91 Mio. Euro gegeben, wovon aber nur 6,299 Mio. Euro eingezogen worden seien. Selbst nach Abzug von Steuernachzahlungen, Opferentschädigungen etc. seien dem Land Berlin 40 bis 50 Mio. Euro verloren gegangen. Deswegen plane sie, die Staatsanwaltschaft in den zuständigen Bereichen mit 20 Stellen zu verstärken.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 der aktuelle Stand der rechtsicheren und kassenwirksamen Einnahmen berichtet werde, um die Entwicklung abschätzen zu können. – Berlin sei seit 2017 Vorreiter in diesem Bereich. Seitdem habe es in jedem Doppelhaushalt zweistellige Personalaufwüchse bei Dezernenten und in den Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaft gegeben. Dennoch gebe es noch die oben erwähnte Lücke. Daher sehe er ein Haushaltsrisiko. Er hoffe, dass die neue Koalition fortsetze, dass in den Haushaltsberatungen weitere Mittel durch die Fraktionen dazugegeben würden.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass gerne ein Folgebericht erstellt werde. Es sei aber möglich, dass sich der Ist-Stand bis zur zweiten Lesung nicht merklich verändern werde, was die Aussagekraft einschränke.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt nach, ob es im Bereich der Geldwäschebekämpfung insbesondere im Immobiliensektor bereits ein Konzept für eine Art Koordinierungsstelle ähnlich der im Bereich organisierte Kriminalität gebe. Dort gebe es viele Zuständigkeiten, und die Staatsanwaltschaft sei mit dem Tagesgeschäft belastet, sodass die Zeit fehle, gezielt Spuren zu verfolgen. Gebe es bereits Überlegungen, Konzepte oder einen Zeitplan für eine derartige Koordinierungsstelle?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) weist darauf hin, dass Geldwäsche auch unter den Bereich organisierte Kriminalität falle, wo es seit Jahren eine Taskforce gebe. Dort tauschten verschiedene Stellen und Behörden Informationen über operative Fälle aus und stimmten Maßnahmen ab. In zwei Wochen nehme sie an einer Sitzung Teil, wo besprochen werde, ob es Optimierungsbedarf gebe, und wenn ja, ob an der Gesetzgebung oder den Arbeitsabläufen nachgesteuert werden müsse. Bislang werde die Taskforce als ausreichend wahrgenommen. Es gebe aber das Problem, dass nicht alle Geldwäscheverdachtsmeldungen bei der Financial Intelligence Unit zeitnah bearbeitet werden könnten. Sie werde das Gespräch suchen und auf Verbesserungen hinwirken.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, dass erläutert werde, warum der Ansatz des Punkt 2, Ausgaben für Fortbildung von Mitarbeitern, des Titels 52501 – Aus- und Fortbildung – nur 3 000 Euro betrage. Das erscheine als nicht ausreichend für eine gute Fortbildung. Auch müsse erläutert werden, warum es bei der Staatsanwaltschaft eine Suchthelfer-Fortbildung gebe, aber bei der Amtsanwaltschaft nicht. Welche Aufgaben hätten diese Mitarbeiter?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0613 – Amtsanwaltschaft –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Erläuterung, ob die Spezialabteilung zur Bekämpfung illegaler Kfz-Rennen aufgrund des aktuellen Ermittlungsaufkommens weiteres Personal benötige. Die Abteilung leiste gute Arbeit. Sei es daneben auch sinnvoll, eine weitere Initiative im Bundesrat einzubringen, um die Vermietung stark motorisierter Wagen an jüngere Männer zu erschweren, oder gebe es dazu schon Entwicklungen auf der Bundesebene oder Gespräche in der Justizministerkonferenz? Mit den aktuellen Gesetzen könne das Land Berlin nur auf Gesetzesverstöße reagieren, aber mögliche Todesfälle durch Rennen könnten nicht verhindert werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) führt vorab aus, dass die Amtsanwaltschaft 2024 und 2025 um jeweils fünf Stellen verstärkt werden solle. Das beinhalte auch die nötigen Servicekräfte. Das sei eine enorme Verstärkung. – Die Fragen bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen werde schriftlich beantwortet.

Kapitel 0614 – Europäische Staatsanwaltschaft –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemängelt, dass Abgeordnete der Länderparlamente keinen Auskunftsanspruch zu den Tätigkeiten der Europäischen Staatsanwaltschaft hätten, obwohl die Organisationseinheiten im Haushalt des Landes Berlin veranschlagt seien. Es sei unbefriedigend, wenn Informationen nur über persönliche Kontakte zu Abgeordneten des Europaparlaments erlangt werden könnten. Eventuell könne die Senatorin darauf hinwirken, dass das geändert werde.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) unterstreicht, dass das Anliegen nachvollziehbar sei. Sie werde es aufgreifen, aber letztlich müsse das bundesgesetzlich geregelt werden.

Kapitel 0615 – Kammergericht –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass zum Verfahren der Ausschreibung der Stelle eines/einer Präsidenten/Präsidentin engmaschig informiert werde, weil das Parlament letztlich die vorgeschlagene Person wählen müsse. – Bei den Rechtsreferendaren habe es bei der Koalition Überlegungen gegeben, die Anzahl der Plätze zu erhöhen, die aber noch nicht etatisiert seien. Werde das noch realisiert und wenn ja, wann gebe es die Möglichkeit?

Andreas Geisel (SPD) beantragt, dass die Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –, Titel 42221 – Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter – und Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – zurückgestellt würden. Es sei das Ziel, die Anzahl der Plätze zu erhöhen.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist hin, dass der gesamte Einzelplan 06 bereits zurückgestellt sei.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) führt aus, dass die Stellenausschreibung bereits veröffentlicht worden sei. Die Bewerbungsfrist laufe bis Mitte Oktober. Das Verfahren laufe genauso ab wie andere Besetzungsverfahren des Landes Berlin. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist werde ein Bericht mit dem Zeitplan und dem weiteren Ablauf übermittelt.

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) weist hin, dass die Erhöhung der Plätze der Rechtsreferendariatsausbildung Inhalt des Koalitionsvertrags sei. Durch die Erhöhung der Honorare sie die Ausbildung bereits verbessert worden. Die Honorare seien in Berlin bereits überdurchschnittlich. Weiteres werde nachgeliefert.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Erläuterung, was unternommen werden könne, um die ITOG-Stellen, die bereits längerfristig vakant seien, zu besetzen. Werde auch mit Beschäftigtenvertretern gesprochen? Gebe es Pläne für eine AT-1-Stelle? Das sei bedeutend, um Ereignisse wie bei der IT des Kammergerichts vermeiden zu können. Wenn die Koalition das erst noch bespreche, müsse geprüft werden, wie die Ansätze und Stellenpläne angepasst werden könnten.

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) unterstreicht, dass bereits gehandelt werde. Es gebe einen ständigen Austausch mit dem Kammergericht, und es sei bereits eine AT-1-Stelle als IT-Beauftragter beim Präsidenten des Kammergerichts angesiedelt.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt bezüglich des TA 5, welche pandemiebedingte Schutzausrüstung 2024 wieder notwendig werde, die 2023 nicht notwendig gewesen sei.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erläutert, dass es 2023 noch Reserven an Tests und Masken gegeben habe. Diese müssten 2024 wieder aufgefüllt werden.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, dass die Neuausrichtung der aktuellen Werbekampagne erläutert werde. 2024 seien 150 000 Euro veranschlagt, obwohl 2023 keine Mittel veranschlagt gewesen seien.

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) teilt mit, dass Details der Ausrichtung der Werbekampagne des Kammergerichts schriftlich nachgeliefert würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0616 – Landgericht I – Strafsachen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0617 – Landgericht II – Zivilsachen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0621 – Amtsgericht Köpenick –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0623 – Amtsgericht Mitte –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0624 – Amtsgericht Neukölln –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0625 – Amtsgericht Pankow –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0628 – Amtsgericht Kreuzberg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Erläuterung, wie groß die möglichen Raumkapazitäten für die Einrichtung von weiteren Kammern in der Liegenschaft des Verwaltungsgerichts seien. In den vergangenen Haushalten seien regelmäßig Kammern dazugekommen, um die anfallende Mehrarbeit abarbeiten zu können. Sein letzter Stand sei, dass noch zwei bis drei Kammern eingerichtet werden könnten.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) stimmt zu, dass die Kapazitätsgrenzen erreicht seien, wenn alle vorgesehenen Stellen besetzt würden. Deswegen brauche es schnell ein Gesamtkonzept zu den Liegenschaftsfragen der Berliner Justiz. Da gebe es unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen, die nicht alle erfüllt werden könnten. Sie wolle die Lösungen mit den zuständigen Leitungen der Gerichte treffen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass zur zweiten Lesung die konkrete Zahl der noch möglichen Kammern inklusive der Servicekräfte mitgeteilt werde. Das sei nötig, um nicht mit Änderungsanträgen Mittel einzustellen, die nicht sinnvoll genutzt werden könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0651 – Sozialgericht –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee –

André Schulze (GRÜNE) bittet, dass ein Bericht zur mitlaufenden Investitionsplanung der Maßnahmen, die es nicht die Investitionsplanung geschafft hätten, erstellt werde. Darin solle der aktuelle Planungsstand, der jeweilige Zustand der zu sanierenden Anstalten sowie die Gründe und die Auswirkungen der Verschiebung erläutert werden. Das betreffe neben dem Titel 89101 – Zuschuss an das SILB für den Neubau einer zentralen Versorgungsküche – des aktuellen Kapitels auch die Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit –, Titel 89101 – Zuschuss an das SILB für Umbau, Sanierung und Grundinstandsetzung der Teilanstalt 2 –, Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel –, Titel 89101 – Zuschuss an das SILB für Umbau und Grundsanierung der Teilanstalt III – und Titel 89102 – Zuschuss an das SILB für Umbau und Grundsanierung der Teilanstalt II – sowie Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt –, Titel 89150 – Zuschuss an das SILB für die energieeffiziente Sanierung im Denkmal - Haus 8 –. Diese seien in der Finanz- und Investitionsplanung von Berlin 2023 bis 2027 rote Nr. 1150 enthalten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass ein Bericht aufführe, wie sich aktuell die Inanspruchnahme des auch international berühmten anonymen Spritzenautomats an der JVA für Frauen am Standort Alfredstraße darstelle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt nach, ob es möglich sei, Duschcontainer im Sicherheitsbereich der Liegenschaft aufzustellen. Derzeit könnten aufgrund der beengten Raumver-

hältnisse die Gefangenen aller Teilanstalten außer einer nicht täglich duschen. Das könne eine Übergangsmaßnahme sein, bis im Rahmen von umfassenden baulichen Sanierungen weitere Veränderungen möglich seien.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel –

Titel 51133 – Erwerb von Tieren –
Titel 54039 – Haltung von Tieren –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) greift auf, dass nach langer Diskussion Spürhunde angeschafft würden. Vorher sei argumentiert worden, dass das nicht nötig sei, da die Diensthunde der Polizei im Amtshilfeverfahren genutzt werden könnten. Es seien aber gute Erfahrungen bei der Aufspürung von beispielsweise Datenträgern und Betäubungsmitteln gemacht worden, sodass die Anschaffung doch stattfinde. Seine Frage sei, ob im Vorfeld die Vertreter der Beschäftigten eingebunden worden seien. Hätten diese Stellungnahmen abgegeben, und wie seien die Rückmeldungen gewesen?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) merkt an, dass möglicherweise kein Mitbestimmungstatbestand vorliege. Sie gehe aber davon aus, dass die Anstaltsleitungen im Sinne der vertrauensvollen Zusammenarbeit die Beschäftigtenvertreter informierten, sobald die Anschaffung stattfinde. Bislang seien noch keine Hunde angeschafft worden, da zunächst die Mittel im Haushalt eingestellt worden seien.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fasst zusammen, dass während der Gespräche zur Haushaltsplanaufstellung den Beschäftigtenvertretern nicht mitgeteilt worden sei, dass die Anschaffung geplant sei.

Titel 12505 – Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt nach, warum die Kfz-Werkstatt, die 2023 Einnahmen von 33 000 Euro erwirtschaftet habe, geschlossen und stattdessen eine Fahrradwerkstatt eingerichtet werde, für die 2024 nur Einnahmen in Höhe von 1 000 Euro erwartet würden.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass es dazu unter dem Vorgang 0115-1 des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten einen Bericht mit der lfd. Nr. 305 gebe.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt –

Titel 81270 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, dass das Projekt „Qualitative und inhaltliche Erweiterung des Offenen Vollzuges“ konkret erläutert werde.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dass ein Bericht darlege, welche Möglichkeiten es gebe, dass die Gefangenen der JVA Heidering, die in Brandenburg liege, an Berliner Wahlen teilnehmen könnten. Derzeit sei das nicht möglich, da die Gefangenen in Brandenburg gemeldet seien, obwohl sie eigentlich Berliner seien. Die Auskunft auf frühere Anfragen sei gewesen, dass das melderechtlich nicht leicht zu ändern sei.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) merkt an, dass diese Frage nicht die Haushaltsverhandlungen betreffe. Grundsätzlich sei das Anliegen aber richtig, und sie werde Erkundigungen einholen.

Steffen Zillich (LINKE) unterstreicht, dass der Hauptausschuss befugt sei, auch über den Haushalt hinaus Fragen zu stellen. Letztlich gehe es um die Verwendung öffentlicher Mittel, sodass alles, was eine Verwaltung tue oder betreffe, eine Haushaltsfrage sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erläutert, dass er die Frage im Kontext der JVA Heidering stelle, da diese betroffen sei und die Justizverwaltung bereits frühere Anfragen dazu bearbeitet habe. Ob die Lösung letztlich im Einzelplan 05 oder 06 etatisiert werde, sei nicht bedeutend.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) unterstreicht, dass die Frage gerne schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 17. November 2023 ein Bericht erwartet werde.

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 06 ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.